

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 9 vom 2. März 1984

18. Jahrgang

1 DM



Diese Woche

**Oberwasser
für Waffen-
händler —
Seite 2**

**Frauen und
35-Stunden-
Woche —
Seite 9**

**Paris:
Regierung im
Kreuzfeuer
— Seite 11**

Der Vorbeter

Franz Josef weiß es wieder mal — was unchristlich ist. Oder besser: wäre. Das gleiche Wahlrecht in Südafrika nämlich. Zwar schon, daß die Schwarzen auch Menschen seien, aber halt wohl doch nicht so ganz. Wenn die alle genau so wählen dürften wie seine weißen Freunde von der arischen Front, das wäre das Chaos in seinen Augen.

Es geht ihnen ja so gut, den Niggern, meint Franz Josef. Und in der Tat, im letzten Jahr starben nur ein paar hundert von ihnen in den südafrikanischen Minen. Wo es nicht nur die meisten farbigen Bergarbeiter der Welt gibt, sondern auch, bedauerlicher Zufall in den Augen eines Christenmenschen, die meisten tödlichen Unfälle. Und daß diese Leute nicht die Freunde von FJS wählen würden, das kann man voraussetzen — und für ihn, seine Freunde und ihre ergiebigen Geschäfte wäre das in der Tat das Chaos. Deshalb pochen sie eben auf ihre Auslegung von Christentum, von FJS bis VW.

Man mag sich wundern, wie unverfroren hier rassistische Propaganda verbreitet wird. Aber das hat, gerade in der BRD ja nun echt Tradition. Auch, was die Freundschaft mit den Apartheidverbrechern betrifft. Das ist erlaubt, schließlich sind die Buren ja auch Christen. Und der Tag wird kommen, an dem sie ihre unchristliche Behandlung beklagen werden.

Freundlicher Besuch

Carstens bei Suharto — Erwiderung auf einen Besuch vor 14 Jahren. Damals gab es große Demonstrationen gegen die Zusammenarbeit BRD-Indonesien, heute läuft das alles „normal“. Wirtschaftsverträge wurden abgeschlossen, Einvernehmen bekundet.

Daß zur selben Zeit die indonesische Presse die Zensur durchbricht und wieder über das — von oben angeordnete — Wüten der Todesschwadronen der Armee berichtet, mag Carstens nicht gefallen, ist aber eigentlich nur ein Beweis mehr in der langen Kette, die zeigt, was für Freunde die Bundesregierung so alles hat. Eben einen Suharto, der sich selbst treu blieb.

Bundesfinanzhof fällt „klassisches“ Urteil

Wer reich ist, läßt bezahlen

Millionengeschenk an Baukartell

Der Bundesfinanzhof räumt auf: Seit Franz Klein Präsident dieses obersten westdeutschen Finanzgerichts ist, machen seine Urteile Schlagzeilen wie nie zuvor. Ein „alter Mann“ Helmut Kohls: Seit über zehn Jahren war er einer der steuerpolitischen Chefdenker der CDU als Mitglied der rheinland-pfälzischen Landesvertretung in Bonn. Das jüngste Urteil machte ob seiner Unverfrorenheit besondere Schlagzeilen. Bußgelder können von der Steuer abgesetzt werden. Ein klassischer Fall von „Rechtssprechung“ zugunsten des Kapitals.

Denn es handelt sich ja in erster Linie nun wirklich nicht um die Knöllchen, die so mancher Autofahrer in Erwartung des Urteils gesammelt haben mag. Zwar ist auch dies eine deutliche Kostenersparnis für viele Geschäftsfahrten, aber die Summe der Beträge im Einzelfall ist nichts Besonderes.

Viel wichtiger, wenn auch im Presseecho — mit Absicht? — weit weniger beachtet sind die Bußgelder beispielsweise des Kartellamtes. Und da handelt es sich zunächst um einen ganz konkreten Fall, das sogenannte „Betonkartell“, das, sieht an, hauptsächlich in Bayern sein Unwesen trieb (der RM berichtete). Hier ist ein Bußgeld von rund 60 Millionen im Anmarsch. Und eben das wird jetzt der Steuerzahler berappen. Das steht felsenfest, trotz aller Bonner Beteuerungen, man werde die Lücken im Gesetz schließen — für dieses Jahr, wo eben dieses Bußgeld ansteht, ist das Urteil gültig.

Die Richter, so schreibt es beispielsweise „Die Zeit“, bräuchten sich keinen Vorwurf machen zu lassen — sie hätten lediglich die Konsequenz daraus gezogen, daß nirgends steht, daß man Bußgelder nicht von

der Steuer abziehen darf. Der Freiraum im Paragraphendschungel, von jeher ein beliebtes Tummelfeld aller möglichen kleinen und — besonders — großen kapitalistischen Geschäftemacher, hier wird er höchsttrichterlich abgesegnet und die feinen Herren Richter noch dafür gelobt.

Das Betonkartell, das mit seinen Preisabsprachen, die gegen Außenseiter mit mehr als

darf sich jetzt, wenn es ans Bezahlen der — im Verhältnis zum ergaunerten Gewinn — geringen Bußgelder geht, nochmal aus dieser Kasse bedienen.

Das ist es wohl, was man sich unter einem kapitalistischen Rechtsstat vorstellen muß. Nicht nur, daß Kapitalisten immer recht bekommen. Nein, sie haben auch ihre Rechtssicherheit, in der Not kommt dann eben so ein „unabhängi-



Können jetzt Strafen von der Steuer bezahlen lassen: Rodenstock und Co.

dubiosen Mitteln abgesichert wurden, die Steuerkassen bereits um dreistellige Millionenbeträge geprellt hat, indem es zu überbezahlten Preisen baute,

ges“ Gericht mit einem „dynamischen“ neuen Vorsitzenden, dessen Herkunft allein schon eben diese Rechtssicherheit gewährleistet — für die Reichen.

Die „Midway“ mit Konvoi unterwegs

US-Kriegsschiffe: Angriff am Golf?

Der „Gendarm der freien Welt“ reitet wieder. Zumindest hat er gesattelt. Die US-Regierung hat in der letzten Woche erneut Kriegsschiffe an den persischen Golf, genauer in Richtung der Straße von Hormuz gesandt. Begründung: Im Verlauf des Krieges zwischen Iran und Irak drohe die Gefahr der Sperrung dieser Straße — durch den Iran. Profit.

In der westdeutschen Propaganda wurde sogar versucht, diesen Schritt als einen „selbstlosen Akt“ hinzustellen, da es ja keineswegs um die Sicherung der Ölversorgung der USA ginge, sondern um die Japans und Westeuropas. Was insofern stimmt, als die USA genug eigenes Öl haben — wie seit jeher. Was noch nie ein Grund war, sich nicht einzumischen, denn es geht ja nicht um Öl an sich, sondern um den

Was auch immer über den Krieg zwischen Irak und Iran zu sagen sein mag — die USA als „Friedensstifter“ sind weltweit berüchtigt. Die „Straße offenhalten“, das ist hier nichts anderes als eine Umschreibung für den Zugang zu den Ölquellen offenhalten.

Amerikanische Kriegsschiffe, die heute auf den Libanon feuern — sie könnten morgen schon am Golfkrieg teilnehmen — der ja sowieso nicht der

abgegrenzte Lokalkrieg ist, als der er oft dargestellt wird: Waffenlieferungen, Unterstützungsabkommen, wirtschaftlicher Beistand usw. usf., viele Mächte sind daran beteiligt, auch, versteht sich fast schon, die BRD.

Ein solcher imperialistischer Akt, wie es eine Besetzung der Straße von Hormuz durch US-Schiffe wäre, das wäre jedenfalls kein Schritt zu einer Lösung dieser Auseinandersetzung, sondern ein Schritt hin zu einem noch größeren Krieg, zu wachsender Kriegsgefahr im ganzen arabischen Raum, in dem die USA nichts verloren haben.

Die Guten und die Bösen ...

Blockierer nämlich gibt es in der BRD. Die Bösen, das ist klar, das sind Friedensbewegte, die Raketen oder „unsere amerikanischen Freunde“ blockieren. Die Guten, die man lobt, denen man helfen will von „FAZ“ bis „FJS“, das sind — überraschenderweise — die LKW-Fahrer an der Grenze. Wobei ein Teil dieser Leute vor einiger Zeit noch zu den Bösen gehört hatte, als sie sich am ÖTV-Streik beteiligten ...

Nun: Dies liegt sicher daran, daß die LKW-Fahrer, auch solche, die nicht ihr eigener Chef sind, unter den Auswirkungen der Bürokratie zu leiden haben, denen eben diese ihre Chefs genügend aufladen — nicht an Lasten, sondern an miserablen Arbeitsbedingungen, daß in ihnen Wut kocht.

Aber sie sind vor den Karren gespannt, denn die Forderungen, die da vertreten werden,

sind nicht die der Werktätigen, sondern in erster Linie die der Transportunternehmer, die dann ja auch schnell ein Streikverbot für Italiens Zöllner haben wollen.

Und den Nutzen, sich daran profilieren zu können, den ziehen von Kohl bis Strauß alle Reaktionäre, die sich wieder einmal als ordnende deutsche Macht gegenüber dem südlichen Chaos beweisen wollen.

Neuer IGM-Bevollmächtigter in Bremen

Der frühere Betriebsratsvorsitzende der geschlossenen AG Weser, Hans Ziegenfuß, wurde auf der Vertreterversammlung der IGM Bremen mit 86:81 Stimmen gegen den alten Amtsinhaber und Abgeordneten Weinkauf zum neuen 1. Bevollmächtigten der IGM Bremen gewählt.

Der Verlauf dieser Versammlung zeigte in aller Deutlichkeit, wie wenig innerhalb der IGM von Demokratie die Rede sein kann. Der Bezirksleiter vom Steeg versuchte alles, einschließlich verschiedener Verleumdungen, um die Wahl von Ziegenfuß zu verhindern. Ob der Frankfurter Vorstand Ziegenfuß auch wirklich als Funktionär einstellen werde, das sei völlig unsicher, betonte vom Steeg nach der Wahl.

Weinkauf hatte noch mehr an Ansehen verloren durch seine Haltung innerhalb der SPD-Fraktion, wo er — als letzter einer ganzen Reihe — gegen eine gewerkschaftliche Initiative für eine Ausbildungsabgabe gestimmt hatte. Ziegenfuß hatte sich beim IGM-Vorstand mehrfach unbeliebt gemacht: Durch

die Betriebsbesetzung, durch seine Kritik an der äußerst mangelhaften Unterstützung der IGM für diese Aktion, die er auf der Versammlung wiederholte und durch die Teilnahme an einer Aktion am Rande des Gewerkschaftstages, als es darum ging, von der IGM die Unterstützung von Betriebsbesetzungen zu fordern.

Steegs Hetze gab wohl den Ausschlag — zu seinen eigenen und seines Schützlings Ungunsten, ansonsten, bei den Wahlen zum Vorstand hielt die SPD Fronde. Auf die weitere Haltung des Vorstandes darf man ebenso gespannt sein wie auf die weitere Bremer Entwicklung. Denn für die Vorstände wird es schwer werden, den Widerstand, der vor allem von den Werften kam (Vulkan) zu ignorieren.

Angola und Mocambique in die Knie gezwungen?

Aufsehen erregten die jüngsten Nachrichten aus dem südlichen Afrika. Triumphierend gaben die Rassisten in Pretoria bekannt, man habe mit Angola und Mocambique Abkommen geschlossen, die die weitere Unterstützung dieser Staaten für die ANC und SWAPO verhindern bzw. zumindest gewaltig reduzieren werden.

Diese Meldung wurde von den Regierungen in Luanda und Maputo bestätigt. In der Tat haben damit die südafrikanischen Rassisten ein von ihnen lange verfolgtes Ziel erreicht, die Solidarität im Befreiungskampf des südlichen Afrika zu zerbrechen, die sogenannten „Frontstaaten“ zumindest zur Reduzierung ihrer Unterstützung für den Kampf in Südafrika und Namibia zu zwingen.

Die Basen sowohl des ANC in Mocambique als auch der SWAPO in Angola sollen demnach aufgelöst werden, dafür stellt Südafrika — zumindest auf dem Papier — seine Überfälle auf diese beiden

Staaten ein. Eine mehr als armselige „Sicherheit“, die da erkaufte wurde. Abhängig von den als wertlos bekannten Versprechungen der südafrikanischen Rassisten.

Erkauft von zwei Regierungen, die aus dem siegreichen anticolonialen Kampf vor nun fast schon zehn Jahren entstanden sind, deren wirtschaftlicher Aufbau natürlich unter der südafrikanischen Aggression schwer gelitten hat, die aber ihre Hauptschwäche stets darin hatten, sich lieber auf ausländische Hilfeleistungen (die zunehmend mehr vom „Westen“ kamen) zu verlassen als auf die Mobilisierung des Volkes.

Strauß will Gesetz gegen Nazi-Hetze verhindern

In die Regierungsdebatte, ob das Leugnen des Völkermordes an Juden durch die Hitlerfaschisten generell unter Strafe gestellt und von den Staatsanwaltschaften verfolgt werden solle, hat sich jetzt Franz Josef Strauß eingemischt. Unmißverständlich, wie man es von ihm gewohnt ist: Er legte gegen ein entsprechendes Vorhaben sein Veto ein, nachdem Kohl und Genscher sich angeblich bereits zu diesem Zugeständnis an die große öffentliche Empörung über dieses von den alten und neuen Nazis immer wieder begangene Verbrechen geeinigt hatten.

Es geht zum Beispiel um solche Pamphlete wie die „Auschwitz-Lüge“. Bisher erfolgt eine Strafverfolgung gegen die Leugnung des Judenmordes, die die Nazis stets zur Verteidigung des Hitlerregimes vorbringen, nur auf Antrag von Angehörigen der Ermordeten. Ein unerträglicher Zustand, ein ungeheurer Druck auf diese Angehörigen und alle Juden in Deutschland, darüber hinaus eine Provokation für jeden Antifaschisten. Ein Gesetzesvorhaben zur Änderung dieser Sachlage wurde noch von der SPD/FDP-Regierung in Angriff genommen, aber nicht zum Abschluß gebracht. Der rechtspolitische Sprecher der CSU-Bundestagsfraktion, Fritz Wittmann, brachte gegen den Gesetzentwurf vor, er sei „einseitig“, ein „rein politisches Gesetz“ und im übrigen eine Forderung der FDP. Schon vor Jahren waren CSU-Abgeordnete gegen das geplante Gesetz angegangen, weil es sich einseitig „nicht auch gegen Linksextremisten“ richte. Bayern hatte Ende 1982 auch den Entwurf der alten Bundesregierung abgelehnt und sich damit im Bundesrat durchgesetzt.

Kann man deutlicher zeigen, was es mit der vielzitierten „Einseitigkeit“ oder, andersherum, mit dem „Kampf gegen den Extremismus von links und rechts“ auf sich hat? Hier geht es um den Völkermord der Nazis. Die entschiedensten Gegner der Nazis waren die „linken Extremisten“, die Kommunisten, die von allen politischen Gegnern und Verfolgten nicht nur den meisten Widerstand leisteten, sondern auch die größten Blutopfer bringen mußten. Franz-Josef Strauß, der „Anti-Extremist“, betätigte sich zu dieser Zeit unter anderem als nationalsozialistischer Führungsoffizier.

Der bereits zitierte Wittmann erklärte zu dem Gesetzentwurf weiter, es müsse auf jeden Fall sichergestellt sein, daß nicht jedes „Biertischgeschwätz“ unter Strafe gestellt würde. In dieser Hinsicht machte die FDP schon weitere Zugeständnisse: Nachdem Innenminister Zimmermann Mitte letzten Jahres eine endgültige Besprechung und Verabschiedung des Gesetzentwurfes durch das Kabinett verhindert hatte (zuvor war der Entwurf pauschal mit anderen von der alten Regierung

übernommen und gebilligt worden), versuchte Justizminister Engelhard, mit einem modifizierten Gesetzentwurf die CSU zu beruhigen. Die mündliche Leugnung des Völkermordes sollte auch nach seinem erklärten Willen nun straffrei bleiben. Der CSU geht es aber immer noch um mehr. Wenn überhaupt ein solches Gesetz verabschiedet würde, so sagte wiederum Fritz Wittmann, müsse das Leugnen des Völkermordes „ganz allgemein“ strafbar werden — zum Beispiel auch der „Vertreibung der Deutschen“ aus den „Ostgebieten“. Auch hier wieder der wahre Anti-Extremismus: Der Völkermord, der ganze Verheerung der Kriegszug der Faschisten wird gleichgesetzt mit den notwendigen Umsiedlungsmaßnahmen, die die überfallenen Staaten zu ihrem eigenen Schutz nach dem Kriege unternehmen mußten. (Sätze wie dieser dürften nach dem Willen

der CSU und ihres Führers wohl gar nicht mehr geschrieben werden.)

Zur Aktualität der Diskussion über die notwendige harte Bestrafung der Leugnung des Judenmordes trägt ein Prozeß bei, der in diesen Tagen vor dem Landgericht in Zweibrücken verhandelt wird. Hier ist der 35jährige Erich Fröhlich — früher Polizist und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes — angeklagt, ein dem „Mensch-ärger-dich-nicht“ nachempfunden KZ-Spiel hergestellt und verbreitet zu haben. (Die Spielfiguren müssen auf dem mit Hakenkreuzen versehenen Spielplan in Gaskammern gewürfelt werden.) „Wir Nationalsozialisten“, so sagte der Angeklagte ungerührt und ungestraft, „bestreiten die Vernichtung von sechs Millionen Juden“. Nicht ein einziger Jude sei „planmäßig vernichtet“ worden. Nach Angaben von Zeugen hat Fröhlich für eine Wehrsportgruppe geworben und erklärt, wenn die Nationalsozialisten jemals wieder zur Macht kämen, würden Juden und Kommunisten alle wieder ins KZ wandern. — Das sind so die Leute, die Strauß und Co. aus der Schußlinie nehmen wollen.

Strauß und seine Kampftruppe

„Auswärtiges Amt unter Genscher — Kampftruppe gegen Strauß?“ Mit dieser provokativen Überschrift erschien im „Bayernkurier“ vom 25. 2. ein Artikel auf der ersten Seite des Strauß-Blattes, in dem die Unmutsäußerungen über die eigenmächtige Reise des CSU-Chefs nach Syrien kommentiert werden.

In diesem Artikel wird Genscher — und dem „unvermeidlichen Herrn Möllemann“ — vorgeworfen, das Außenministerium und den Apparat des Auswärtigen Amtes einzusetzen und eingesetzt zu haben, um „beabsichtigte Reisen des CSU-Vorsitzenden und Bayerischen

Ministerpräsidenten ins Ausland schon im Ansatz zu stören und in ihrem Erfolg zu zerstören.“ Der Artikel schließt mit der Bemerkung: „So nicht, Herr Außenminister!“

Strauß fühlt sich stark genug, auf die FDP keine Rücksicht mehr nehmen zu müssen. Der Druck der CSU auf den ungeliebten Koalitionspartner wird unüberhörbar wieder verstärkt, die Kampftruppe des Herrn Strauß und der hinter ihm stehenden finanzkräftigen Kreise schlägt wieder einmal zu. Ihr Ziel: die reaktionäre Entwicklung zu beschleunigen, weniger Kompromisse einzugehen, selbst direkteren Einfluß in Bonn zu bekommen. Strauß begibt sich bewußt auch in Widerspruch zu bestimmten Teilen der CDU. Von einer wirklichen Rüge von Seiten des Kanzlers war nach seinen Ausfällen allerdings nicht die Rede. Somit wird Strauß sicher auch in Zukunft — neben vielfältigen anderen Aktivitäten — als Reisender in Sachen Waffen-geschäfte und Bündniswerbung unterwegs sein.

Sondergesetz gegen parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste

Damit die Grünen nicht im Finanzkontrollgremium für die bundesdeutschen Geheimdienste vertreten sind, wurde am Donnerstag vergangener Woche extra eine Geschäftsordnungsregelung des Bundestages außer Kraft gesetzt.

Bisher galt der Grundsatz, daß in Unterausschüssen alle Bundestagsfraktionen durch mindestens ein Mitglied vertreten sein müssen. Die Regierungsparteien setzten durch, daß das in Zukunft nicht mehr so ist. Die Willkür der stärksten Parteien erhielt eine neue Grundlage. Ein weiteres Stück „demokratischer Spielregeln“ wurde abgebaut.

Es kommt nicht von ungefähr, daß dies gerade im Zusammenhang mit der Kontrolle der Geheimdienste geschieht. Die Regierung mag nicht riskieren, daß über das — oft genug verbrecherische — Treiben dieser Dienste etwas an die Öffent-

„Nur ein harmloser Denkkzettel“

Acht Nazis wegen Beinahe-Mord vor Gericht

Der große Frankfurter Neonazi-Prozeß begann am 27. Februar mit der Verhandlung gegen Arnd Heinz Marx und sieben andere Faschisten, die im September 1983 ihren Kumpanen Andreas Sachse bei einem „Femegericht“ schwer mißhandelten und beinahe umgebracht hätten.



Guido Kreitmair (l.) und Arnd Marx wurden in Handschellen vorgeführt. — Bild unten: Dieter Weissmüller und Michael Kühnen kamen diesmal noch als Zuschauer.



Sachse hatte sich bei den anderen Mitgliedern der Nationalen Aktivisten, die von Marx geführt wurden, durch die Anlage einer Mitglieder-Kartei verdächtig gemacht. Er wurde daraufhin in seiner eigenen Wohnung überfallen und „verhört“. Die schweren Folterungen Sachses bezeichneten die Angeklagten am ersten Verhandlungstag als einen „harmlosen Denkkzettel“.

An der Killer-Mentalität eines Arnd Marx aber kann überhaupt kein Zweifel bestehen. Marx, der unter anderem eine paramilitärische Ausbildung in der Wehrsportgruppe Hoffmann erhalten hat, erklärte 1980 öffentlich, er würde auf Befehl (Hoffmanns) auch töten.

Im übrigen haben Neonazis, Geistesverwandte von Marx, Hoffmann, Kühnen usw. bei blutigen „Femegerichten“ auch

wirklich schon gemordet. Mitglieder der Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS — Anführer: Michael Kühnen) folterten am 29. Mai 1981 ihren „Kameraden“ Johannes Bügner, nachdem sie angeblich herausbekommen hatten, daß er homosexuell war. Der ANS-Mann Friedhelm Enk brachte Bügner schließlich um. Mit 21 Messerstichen und durchschnittenen Gurgel wurde Bügner in einem Straßengraben gefunden.

Kühnen, der damals im Gefängnis saß und dennoch mit seinen ANS-Leuten — auch mit dem Mörder Enk — in Kontakt stand, saß am Montag im Gerichtssaal. Auch gegen ihn wird in Frankfurt noch verhandelt werden. Mit ihm waren zahlreiche andere Faschisten gekommen, schwarz uniformiert. Die verbotene ANS/NA demonstriert ihren Zusammenhalt.

Einschränkung des Demonstrationsrechts ist beschlossene Sache

Als am Freitag letzter Woche im Bundestag über die geplante Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts debattiert wurde, erwies sich das Gremium schließlich als beschlußunfähig — zu wenig der gut bezahlten „Volksvertreter“ hatten es für nötig befunden, sich den Streit anzuhören oder sich gar noch zu engagieren. Das Ergebnis steht denn auch schon fest: Mit den Stimmen der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion wird die Verschärfung durchgezogen werden.

Damit wird die Kriminalisierung von Demonstrationen und Demonstranten wieder wesentlich erleichtert. Denn der „Landfriedensbruch“-Paragraph wird dahingehend verändert, daß sich schon derjenige strafbar macht, der sich nicht schleunigst aus dem näheren Umkreis einer Demonstration bzw. — theoretisch — eines Teils einer Demonstration entfernt, der von der Polizei für „gewalttätig“ erklärt worden ist.

Damit ist nicht einfach beabsichtigt, „rechtzeitig an die Gewalttäter heranzukommen“, wie Justizminister Engelhard glaubhaft machen wollte. Wobei man sich als Demokrat und erst recht als Revolutionär natürlich auf

die Gewaltdiskussion im Sinne der Herrschenden und Regierenden nie einlassen darf. Denn der berechtigte Protest gegen das kapitalistische Gewaltssystem und seine Auswüchse kann nicht generell gewaltfrei bleiben. Damit sind keine unsinnigen Einzelaktionen gemeint. Es geht darum, grundsätzlich von der Teilnahme an Demonstrationen abzusprechen und auch auf diese Weise die Wahrnehmung des Grundrechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit einzuschränken. Jeder, der an einer Demonstration zu einem brisanten Thema teilnehmen will, soll damit rechnen müssen, mit der Polizei und dann mit der Justiz in Berührung zu kommen, verur-

teilt zu werden wegen seines bloßen Dabeiseins.

Obwohl sich die Regierung scheinheilig gegen den diesbezüglichen Vorwurf wehrt, ist gleichzeitig ein weiterer Grundsatz der normalen bürgerlichen Rechtssprechung durch das kommende Gesetz außer Kraft gesetzt worden: daß nämlich ein Beschuldigter so lange als unschuldig zu gelten habe, bis man das Gegenteil bewiesen hat. Gemeint ist der Abschnitt des Gesetzes, in dem es um die „Abwiegler“ geht, die „erweislichen“ Straffrei sollen Demonstrationsteilnehmer ausgeben dürfen, wenn sie nach Aufforderung der Polizei zum Auseinandergehen nur deshalb nicht geflüchtet sind, weil sie versucht haben, Gewalttaten zu verhindern. Die Beweislast für eine entsprechende Behauptung aber liegt bei ihnen selbst. Und diese Regel feiern die „Liberalen“ von der FDP auch noch als ihren persönlichen Sieg.

Zimmermann wird darüber müde lächeln. Allerdings betonte seine Partei, die CSU, ausdrücklich — zum Beispiel in der Stellungnahme ihres Abgeordneten Fritz Wittmann —, daß sie sich eine noch schärfere Fassung des Gesetzes wünsche (es geht dabei zum Beispiel um höhere Strafandrohungen) und die vorliegende Fassung als einen Kompromiß mit der FDP sehe. Der Grundrechtsabbau ist also mit Sicherheit noch nicht zu Ende. Jedenfalls nicht, wenn sich diese Regierung im Amte halten kann.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Nr. 79 600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider. Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Fundsache

Buch-Offsetdrucker, farbsicher, selbständig, Erfahrung an Planeta-Kord-Rotaprint, sucht Dauerstellung. Köln/Bonn/Siegburg. Evtl. auch Umschulung auf Siebdruck. 35-Stunden-Woche für mich kein Thema. MB 14624, KStA-Geschäftsstelle, Kaiserstr. 66, 5200 Siegburg.

Ultimative Forderungen an die NRW-Landesregierung gestellt

Der Nixdorf-Coup

Heinz Nixdorf, nach den serienweisen Bankrotten und Verkäufen allerletztes „Wunderkind“ der westdeutschen Kapitalisten, trat in der letzten Woche an die Öffentlichkeit. Er werde, so Nixdorf, nicht nur seine Zentrale, sondern sein ganzes Werk nach Bayern verlagern, wenn die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen nicht endlich seine Forderung nach einer entscheidenden Verbesserung der Verkehrsverbindungen für „seine Stadt“ Paderborn erfülle.

Die Wunschliste des Herrn Nixdorf ist nicht gerade kurz: einen eigenen Flughafen, Inter-city-Anschluß, eine neue Autobahn nach Süden. Anders könnte sein Unternehmen im Wettbewerb nicht bestehen, weitab von den Zentren. Eine Forderung, die in der Unternehmerpresse sofort breit ausgewälzt wurde. Die „Welt am Sonntag“ baute das sofort in ihre Breitenseiten gegen die SPD-Alleinregierung von NRW ein, das Echo war vielfältig und, selbstverständlich, für Herrn Nixdorf positiv-verständnisvoll. Man muß halt was tun, um Unternehmen anzusiedeln bzw. zu behalten, war der Tenor, dem sich auch die SPD-Führung, die NRW-Filzokratie nicht verschließen wollte.

Enweder ich bekomme, was ich will, oder ich gehe — eine solche Haltung haben in der Tat bereits viele Kapitalisten eingenommen, bisher war Daimler in Bremen eines der herausragendsten Beispiele dieser Art von Politik. Unter dem Motto, wir tun euch einen Gefallen, wenn wir euch für uns arbeiten lassen, wird diese Erpresserei gerade in Krisenzeiten und Krisenzentren besonders massiv vertreten.

Das „Nixdorf-Programm“ bringt diese Tatsache besonders scharf und eindeutig ans Tageslicht. Wobei das auf den ersten Blick für jemand, der nur oberflächlich die Sache betrachtet, durchaus einleuchtend zu sein scheint — die Sache hat nur mehrere Haken.

Zum einen ist es ja auffällig: Die Leute, die am meisten danach schreien, daß der Staat sich aus der Wirtschaft raushalten solle, die den Rückzug der Politik usw. fordern, die sich zur selben Zeit die größten Schreier, wenn es darum geht, von der Staatskasse zu fordern, ihnen das Bett zu machen. Sicher — sie sind gegen Regeln oder gar Vorschriften, schließlich wollen sie schalten und

walten, wie es ihnen paßt. Aber sie sind keineswegs dagegen, daß ihnen mit den Steuergeldern der anderen die Kasse gefüllt oder Kosten abgenommen werden. Im Gegenteil, diese Forderungen wachsen immer mehr, ins Unermeßliche.

Zum zweiten ist es ja nun keinesfalls so, daß nicht auch Herr Nixdorf ganz konkret bereits in der Vergangenheit serienweise alle Arten von Vergünstigungen bekommen hätte, sowohl vom Land als auch von der Stadt Paderborn (deren CDU-Verwaltung sich dann auch nicht nur lautstark für Nixdorf einsetzte, sondern auch betonte, sie habe das immer schon ganz anders gemacht), es geht ihm einfach darum, sein Maximalprogramm zu verwirklichen, die ganze Gegend um Paderborn für seine Zwecke zu gestalten bzw. diese Gestaltung zu vollenden.

Und drittens sollte man nicht vergessen, daß es ja nun wirklich nicht so ist, daß Herr Nixdorf sozusagen der Allgemeinheit einen Dienst erweisen will, indem er „Arbeitsplätze sichert“, sondern er hat in der Vergangenheit ein ganz schönes Sümmchen eingestrichen und möchte für die Zukunft mehr davon.

Deshalb gibt es auch keinen Grund, sich dieser Erpressung zu beugen. So ohne weiteres wandert ein Nixdorf nicht ab und nimmt dadurch kräftige Millionenkosten in Kauf, die ihm nicht einmal seine Freunde in Bonn und München ohne weiteres ersetzen können. Denn natürlich handelt es sich für die Kapitalisten auch darum, hier ein Exempel zu setzen. Auf daß sie eine solche Erpressungspolitik auch und gerade in den Gemeinden fortsetzen können. Ein gelungener „Nixdorf-Coup“ wäre in der Tat ein Signal für eine neue Offensive auf dieser politischen Ebene.

Steuerreform — Bauernfängerei Es geht um Umschichtung

1985, so gab es Herr Stoltenberg kund, werde das Jahr der Gesetzgebung. Über die sogenannte Steuerreform, die Entlastung der mittleren Einkommen, wie es so schön heißt. Daß jetzt schon so heftig innerhalb der Regierungsparteien darüber diskutiert wird, ist ein Zeichen dafür, daß man sich in der Tat etwas davon verspricht: Das soziale Image dieser Regierung soll aufpoliert werden. „Leistung muß wieder lohnen“ und ähnlich heißen die dazu ausgestreuten Parolen

Bei allem Firlefanz, der darum gemacht wird, bei den verschiedenen Varianten, die in den Bonner Parteien diskutiert werden, vor allem auch mit dem viel strapazierten „familienpolitischen Strang“, liegt der Kern der Sache recht klar auf der Hand.

1. Wie bei allen bisherigen „Splitting“-Maßnahmen profitieren von dieser Art der sogenannten Förderung lediglich die Reichen im Lande.

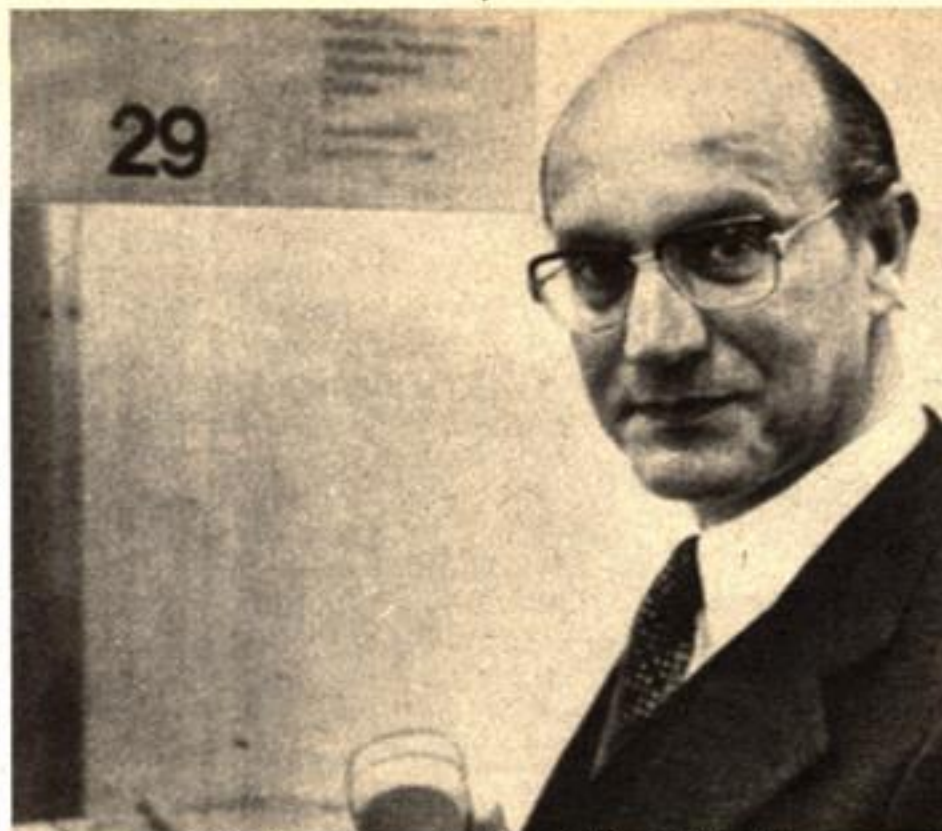
2. Der Teil, der eventuell weniger an Lohnsteuer zu zahlen sein wird, wird umgewälzt auf indirekte Steuern, mit Vorliebe die besonders kapital-schonende Mehrwertsteuer. Für die Arbeiterschaft wird dies eine Reform sein, die darin besteht, daß sie statt direkt indirekt Steuer zahlt — zahlen aber tut sie weiterhin, denn sie ist diejenige gesellschaftliche Klasse, die noch immer die Mehrwertsteuer ausbaden mußte, da sie keinerlei Möglichkeiten hat, „weiterzugeben“.

3. Gibt es zusätzliche Vergünstigungen im Bereich derjenigen, die bis zu 10000 DM im Monat machen, was natürlich darauf abzielt, hier die wirtschaftliche und politische Basis dieser Regierung zu festigen und auszubauen.

4. Wird wohl nicht nur ein Schlußstrich gezogen werden, um alle Debatten über eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes für die Reichen, sondern ist eher eine Tendenz ersichtlich, diesen Satz zu senken. Ob dies direkt geschehen wird oder auf indirektem Wege, wird man noch sehen, da wird politische Taktik eine größere Rolle spielen.

Der Kern dieser sogenannten Reform ist es also, Erleichterungen für die Bezieher von Einkommen, die sechsstellig sind, zu schaffen und gleichzeitig zu versuchen, diesem Vorgehen den Anschein einer allgemeinen Steuerentlastung zu geben, durch die genannten Umstellungen in der Besteuerungsart. Zu den verschiedenen — und zahlreichen — Details des ganzen wird sicher noch eine ganze Reihe zu sagen sein, aber dies ist der sachliche Kern des Vorgangs.

Außerdem wird man diese sogenannte Steuerreform auch noch im Zusammenhang mit den geplanten Veränderungen in der Subvention und steuerlichen Begünstigung im Rahmen der Baupolitik zu betrachten haben, wie sie jetzt vorbereitet werden, und deren Eckpunkte erneut eine noch klarere Begünstigung von Minderzahlungen für die Reichen darstellen.



Will einen Coup landen: Heinz Nixdorf

Ein prinzipieller Beschluß?

Nach längerem Nachdenken hat sich nun das Sekretariat des ZK der MLPD zu dem Vorschlag geäußert, bei der Herausgabe einer gemeinsamen Publikation revolutionärer Sozialisten mitzumachen. Das Ergebnis dieses Nachdenkens dokumentieren wir hiermit für unsere Leser.

Die KPD befürwortet die Herausgabe einer gemeinsamen Publikation revolutionärer Sozialisten in Form einer dreimonatlich erscheinenden Beilage zu den Organen der beteiligten Organisationen. Wir halten die Herausgabe solcher Beilagen zu aktuellen Themen des Klassenkampfes für eine praktikable Möglichkeit, die Diskussion unter den revolutionären Sozialisten zu intensivieren, und zwar in einer Form, die allen Mitgliedern der beteiligten Organisationen, überhaupt allen Interessierten, eine Beteiligung erlaubt. Wir erhalten dadurch die Möglichkeit, unsere Meinung beispielsweise zur EG, dem Thema der ersten Ausgabe dieser Beilage, den Mitgliedern anderer Organisationen bekanntzumachen, diese erhalten umgekehrt die gleiche Möglichkeit. (Bisher beteiligen sich außer KPD und BWK die FAU und die Aufsätze zur Diskussion an der Beilage. Der KB überlegt eine Mitarbeit an einzelnen, ihn interessierenden Themen.)

Gerade an diesem Punkt, der Information der eigenen Mitglieder über die politischen Positionen anderer Organisationen, scheint für die MLPD der Hase im Pfeffer zu liegen. Man hat „Selbstverständlich“ nichts dagegen, Artikel der „Roten Fahne“ in der Beilage abdruckend — wer hätte gedacht, daß die MLPD so großzügig ist?! Aber bei der Beilage selbst mitmachen? Nein, das verheißt die revolutionäre Wachsamkeit. Denn das ganze Projekt ist, das hat das Sekretariat des ZK der MLPD Gott-

seidank herausgefunden, ein Angriff auf die revolutionäre Linie der MLPD. Und ein besonders unverfrorener dazu. Denn: „dazu erging die Aufforderung an unsere Partei, an der Demontage unserer Linie mitzuwirken.“ Dieser Nebensatz verleitet natürlich zum Grübeln. z. B. ob die revolutionäre Linie der MLPD tatsächlich schon dadurch Schaden nimmt, daß ein Artikel der „Roten Fahne“ neben einem aus dem „Roten Morgen“ steht? Man wird es leider nicht erfahren. Denn die Aufforderung zur Demontage an der Linie der MLPD, worin sie auch immer bestehen mag, ist, wie der Beschluß des Sekretariats des ZK der MLPD beweist, nicht nur erkannt, sondern auch gebührend beantwortet worden.

Bei all dem revolutionären Kanonendonner des Sekretariatsbeschlusses ist eines allerdings nicht zu verstehen: Warum ergreift man diese Gelegenheit nicht beim Schopfe, um allen „Rote-Fahne“-Lesern und nicht nur dem kleinen Kreis, der sich ja auch gegenwärtig mit den Publikationen anderer Organisationen befaßt, anschaulich zu demonstrieren, wie revolutionär die eigene und wie kleinbürgerlich die Politik anderer Organisationen ist? Traut man sich die einzigartigen Artikel, die ein für allemal klarstellen, daß es zwischen der MLPD und anderen revolutionären Sozialisten keinerlei grundsätzliche Gemeinsamkeiten gibt, nicht zu oder traut man den „Rote-Fahne“-Lesern nicht zu, daß sie in der Lage sind, diese Einzigartigkeit zu erkennen?

Dokumentation

(Aus: „Rote Fahne“ der MLPD, 8/84)

Die MLPD beteiligt sich nicht an dem liquidatorischen Projekt von KPD und BWK „gemeinsame Publikationen revolutionärer Sozialisten“ aus prinzipiellen Erwägungen.

Begründung

1. Am 14./15. Januar 1984 beschloß die gemeinsame Vollversammlung der Zentralen Komitees von BWK und KPD „eine gemeinsame Publikation der revolutionären Sozialisten“, die regelmäßig erscheinen soll und deren einzelne Ausgaben jeweils „einer aktuellen Frage des Klassenkampfes (...) gewidmet sein“ wird.

Die Publikation soll den Organen der beteiligten Organisationen beigelegt werden. Die MLPD wurde zur Mitarbeit in der Redaktion eingeladen.

2. Die MLPD beteiligt sich aus grundsätzlichen Erwägungen heraus nicht an diesem Projekt: Im Kern geht es bei diesem Projekt nicht um die schöpferische Anwendung des Marxismus-Leninismus und der Mao-Tse-tung-Ideen auf den Klassenkampf sowie um die Weiterentwicklung der revolutionären Theorie, sondern um die Verbreitung kleinbürgerlicher Kritik am Marxismus-Leninismus und an den Mao-Tse-tung-Ideen.

3. Der Kern dieses Vorhabens ist, den Marxismus-Leninismus und die Mao-Tse-tung-Ideen in Gestalt der revolutionären Linie der MLPD anzugreifen; dazu erging die Aufforderung an unsere Partei, an der Demontage unserer Linie mitzuwirken.

4. Die MLPD sieht keinerlei Anlaß, ihre Linie, die sich über 12 Jahre in der Praxis des Klassenkampfes bewährt hat, in Frage zu stellen.

5. Selbstverständlich steht — in Absprache und mit Genehmigung des ZK-Sekretariats — der MLPD eine Verbreitung von Artikeln der „Roten Fahne“ durch die „gemeinsame Publikation der revolutionären Sozialisten“ nichts im Wege.

6. Die Ablehnung der Mitarbeit an der Zeitschrift entspricht den Grundsätzen der MLPD im Kampf um die Einheit der Marxist-Leninisten, der in prinzipiellen, die Grundlagen des Marxismus-Leninismus und der Mao-Tse-tung-Ideen berührenden Fragen kompromißlos geführt werden muß. Das berührt nicht die Zusammenarbeit in taktischen Fragen, die die MLPD weiterhin anstrebt.

Dauerschlußverkauf?

Ein seltsamer Kampf gegen Bürokratie

Der sogenannte Bonner Kampf gegen die Bürokratie ist schon so alt, wie diese Regierung im Amt ist. Was bisher geschah, waren im wesentlichen Maßnahmen, sogenannte hemmende Vorschriften im Bereich der Arbeitsschutzgesetzgebung abzuschaffen. Das lief unter dem Motto, wenn Arbeiter (Arbeit-

rinnen, Jugendliche) verheizt werden dürften, ihre Ausbeutung verschärft werden darf, dann werden sie auch eher eingestellt als solche, denen in der Produktion gar noch irgendwelche menschlichen Rechte zugesprochen werden.

Parteien denken. Die Maßnahmen zielen aber insgesamt



„Entbürokratisierung“, das heißt auch freier Weg zum Bau von Billigstwohnungen

den politischen Einfluß ihrer Jetzt hat sie ein neues Feld gefunden, diese ach so antibürokratische Regierung. Verschiedenste Wettbewerbs- und baurechtliche Vorschriften stehen am Anfang einer antibürokratischen Kampagne im Wirtschaftsablauf. Proteste hagelte es hier zuerst von den Kleinhändlern, die natürlich ihre Lage durch einen Dauerschlußverkauf der großen Konzerne gefährdet sehen. Das war denn auch ein Protest, der Echo fand, schließlich braucht die Regierungskoalition diese Leute.

Ob sie die wirklich verprellen wollen, sei einmal dahingestellt. Da gibt es sicher Widersprüche zwischen den Vertretern der Konzerne und denen, die an

darauf ab, beim Abbau aller Arten von Produktionskontrollen einen Anfang zu machen. Diese machten in der Vergangenheit gerade im Bauwesen und der Nahrungsmittelindustrie doch so manches Kopferbrechen.

Freie Bahn dem Tüchtigen — mit dieser verlogenen Parole war der Kapitalismus schon einmal, zu seiner Gründerzeit, angetreten, und dies brachte Leid und Elend für die arbeitende Bevölkerung. Freie Bahn dem Gewissenlosen, darauf hat sich diese hehre Formel heute reduziert, und die Auswirkungen werden ähnlich sein. Die Bürokratie wird dabei nicht kleiner, aber darum ging es ja auch ernsthaft nicht.

Daß in der 35-Stunden-Woche Erfolge nicht am grünen Verhandlungstisch errungen werden können, ist in aller Munde. Das Unternehmerratentreten in den bisherigen Verhandlungsrunden ist auch nicht dazu angetan, diesbezügliche Illusionen üppig ins Kraut schießen zu lassen. Um so dringlicher aber ist es, daß in der gewerkschaftlichen Diskussion die Frage, wie diese Forderung gegen den geballten Widerstand der Unternehmer und der Regierung durchgesetzt werden kann, offensiv diskutiert wird. Denn die unsichere Haltung vieler Kolleginnen und Kollegen gegenüber dieser Forderung hängt auch damit zusammen, daß die bisherigen Erfahrungen mit der Arbeitskampfführung der IG Metall nicht gerade dazu angetan sind, Vertrauen in die Entschlossenheit der IGM-Führung, tatsächlich einen Durchsetzungskampf für die 35-Stunden zu führen, zu stärken.

Richtiges und Falsches

In der zweiten Januarhälfte wurde von der Frankfurter IGM-Zentrale ein Papier verschickt, das durchaus Gedanken enthält, die in die richtige Richtung gehen:

- Ausgängen wird von Flächenstreiks und davon, daß es keinen Pilotbezirk geben wird, sondern bundesweite Streikaktionen.

- Entsprechend soll die Urabstimmung aller Bezirke zu einer „machtvollen Demonstration“ werden.

- Ein „Nebeneinander von Streikenden und Nichtstreikenden“ soll es nicht geben, wo nicht gestreikt wird, sollen Warnstreiks und andere Aktivitäten (neue Beweglichkeit) den Streikkampf unterstützen.

Diese Überlegungen sind zwar nicht sehr konkret, gehen aber immerhin in die richtige Richtung. Das läßt sich von anderen kursierenden Überlegungen zu einer möglichen Taktik des erwarteten Arbeitskampfes nicht behaupten:

- Da wird offensichtlich auf Gewerkschaftsseminaren verbreitet, die Stahlindustrie soll wegen der Wirtschaftslage in dieser Branche nicht in den Streik einbezogen werden. Die



Streikende Opel-Arbeiter 1970. Die Automobilindustrie muß ein Streikschwerpunkt werden.

Stahlbelegschaften sollen darauf „warten“, von den Unternehmern ausgesperrt zu werden.

- Ähnliche Vorstellungen kann man im Hinblick auf die Großwerften hören.

- Im Hinblick auf die Automobilindustrie gibt es offenkundig Vorstellungen, nicht alle großen Automobilwerke zu bestreiken, sondern nur eins oder zwei — teilweise in Verbindung mit der Variante

Ohne Durchsetzungskampf gibt es keinen Erfolg!

Zur Diskussion der Streiktaktik für die 35-Stunden-Woche

In der laufenden Mobilisierungskampagne für die 35-Stunden-Woche geht es nach wie vor in erster Linie darum, die Richtigkeit und Notwendigkeit dieser Forderung zu begründen. Das ist auch durchaus notwendig, weil die Einigkeit in den Betrieben für diese Forderung tatsächlich noch gestärkt werden muß, weil erst recht die Diskussion in der Öffentlichkeit sehr

wohl deutlich macht, daß die Unternehmerpropaganda leider keineswegs wirkungslos verpufft. Dennoch erweist es sich bereits als eine Schwäche der laufenden Mobilisierung, daß die Frage, wie die IG Metall diese Forderung durchsetzen will und kann, in den Betrieben und gewerkschaftlichen Veranstaltungen kaum diskutiert wird.



Dortmunds Stahlarbeiter demonstrieren während des Streiks 1978 für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Ohne Mobilisierung der Stahlbelegschaft würde es im Revier schwer.

von Streiks in der Zulieferindustrie, um die Automobilwerke dadurch lahmzulegen. Gerade in der Auto-Zulieferindustrie wird zum Teil „auf Teufel komm raus“ auf Lager produziert.

- Auch die Variante, daß doch nur in einem Tarifbezirk gestreikt und im übrigen Bundesgebiet neue Beweglichkeit praktiziert werden soll, hält sich hartnäckig.

Man muß deutlich sagen: derartige Vorstellungen gehen offensichtlich davon aus, daß die Entscheidung am Verhandlungstisch fällt, daß lediglich demonstrative Streikaktionen zur Begleitung der Verhandlungen gemacht werden, um die

nebulösen Erwägungen von Kompromißmöglichkeiten in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche ergeht: Wenn es zu einem „vernünftigen“ Ergebnis komme, könne auch über andere Möglichkeiten der Verteilung der Arbeit gesprochen werden. Es lasse sich für jeden Betrieb ein maßgeschneidertes Programm für die Arbeitszeitverkürzung erarbeiten.

Was das bedeuten soll, darüber darf der düpierte 35-Stunden-Aktivist lange grübeln. Sind etwa die 38,5 Stunden, die von der IG Metall und der IG Chemie bei einem Gummiwerk in Fulda abgeschlossen wurden, ein „vernünftiges“ Ergebnis? Gehört die dort ebenfalls vereinbarte Ersetzung der 5-Tage-Woche durch die 6-Tage-Woche zu den „anderen Möglichkeiten der Verteilung der Arbeit“? Stellt beides zusammen etwa ein „maßgeschneidertes Programm“ im Sinne des Kollegen Steinkühler dar?

Jedenfalls: Was hier an Vorstellungen über mögliche Taktiken und Kompromisse in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche zum Vorschein kommt, würde, wenn es sich durchsetzt, eine Niederlage vorprogrammieren, deren Konsequenzen für die Gewerkschaftsbewegung gar nicht absehbar sind.

Mindestens notwendig ...

Deshalb ist es notwendig, nicht nur die Propagandakampagne für die 35-Stunden-Forderung weiter voranzutreiben, sondern sich die streiktaktische Seite der Auseinandersetzung massiv zum Gegenstand der Diskussion in Betrieb und Gewerkschaft zu machen. Dazu einige Überlegungen:

- Gefordert werden muß, daß die öffentliche Erörterung von Kompromißmöglichkeiten

durch führende Funktionäre aufhört. Die Forderung heißt: 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Zumindest so lange die Unternehmer überhaupt noch kein Angebot über eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit gemacht haben, müßte auch dem Kollegen Steinkühler klar sein, daß es nur Zersetzung in die eigenen Reihen trägt, aber bei den Unternehmern gar nichts bewegen kann, wenn in derartiger Weise Abstriche von einer Forderung gemacht werden, die in Kürze zur Urabstimmung ansteht.

- Es muß eindeutig auf einen Durchsetzungskampf orientiert werden. Dabei ist schon klar, daß es nicht darum geht, Vollstreik für die gesamte Metallindustrie zu fordern. Das wäre in der Tat unrealistisch. Aber die Forderung 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wird nur durch einen Kampf durchgesetzt werden können, der die wichtigsten Bereiche und Betriebe der Metallindustrie erfaßt, die größten und kampferfahrensten Belegschaften mobilisiert, die wichtigsten Regionen des Landes einbezieht.

Um das zu konkretisieren: Eine Streikplanung, die nicht die Einbeziehung der großen Automobilwerke vorsieht, die die Stahlbetriebe und die Großwerften außen vor läßt und an den großen Betrieben der Elektroindustrie vorbeigeht, wird kaum ausreichenden politischen Druck erzeugen können, um den Widerstand von Kapital und Reaktion zu brechen.

In der Automobilindustrie ist die Möglichkeit der Ausübung von wirtschaftlichem Druck durch Streik gegenwärtig noch mit am ehesten gegeben. Das spielt wohl eine Rolle dafür, daß gegenwärtig bei streiktaktischen Überlegungen die Automobilindustrie besonders hoch im Kurs steht. Lassen wir einmal dahingestellt, wie berechtigt es ist, daß der „ökonomischen Wirkung“ eines Streiks immer

Lohnausgleich ohne Mobilisierung der Stahlbelegschaft zum vorherrschenden Thema werden soll. Ähnliches trifft sicher im Hinblick auf Hamburg, Bremen, Kiel und die Küstenregion für die Belegschaften der Großwerften zu.

Wohlgemerkt: Es geht nicht darum, darzulegen, wo nicht gestreikt werden soll. Ganz im Gegenteil: In allen Betrieben muß voll mobilisiert werden, muß die Streikbereitschaft hergestellt und die Forderung nach Einbeziehung in den Streik erhoben werden. Aber es ist höchste Zeit, in der gewerkschaftlichen Diskussion massiv dafür einzutreten, daß konkret überlegt wird, welche Mindestanforderungen an eine Streikplanung und -konzeption zu stellen sind, damit der Arbeitskampf tatsächlich die notwendige Durchsetzungskraft entwickeln kann, um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn gegen die vereinigte Front der Unternehmerverbände und der Bonner Regierung durchzusetzen.

Durchsetzungskraft — das bedeutet in erster Linie politischen Druck. Dieser notwendige politische Druck kann nicht durch Streiks in einigen wenigen Schwerpunktbetrieben oder durch Streikaktionen in nur einem Tarifbezirk hergestellt werden. Der Kampf für die 35-Stunden-Woche sei ausschließlich eine Machtfrage, meinte kürzlich auf einer Funktionärskonferenz der IGM für Nordwürttemberg/Nordbaden der dortige IGM-Bezirksleiter Ernst Eisemann. Recht hat er. Sein Wort in Frankfurts Ohr.

Anzeige

Abonniert die RGO-Nachrichten! Werdet Mitglied der RGO!

Ab Januar werden die „RGO-Nachrichten“ nur noch an Abonnenten geliefert. Auch die Einzelmithgliedschaft in der RGO läuft nun über das Abonnement der „RGO-Nachrichten“.

- Nur 10 Mark im Jahr für Interessenten
- 20 Mark im Jahr für Gönner und Förderer der RGO
- Für Mitglieder 30 Mark im Jahr (einschließlich Jahresbeitrag und Mitgliedskarte)

Bei Mehrfach-Abos ab 5 Stück Sondertarife nach Absprache! Zusätzlich für Mitglieder und Förderer: kostenlos die unregelmäßig erscheinenden Sonderlieferungen mit Berichten, Analysen, Dokumentationen, Anleitungen ...

RGO-Nachrichten Postfach 41 0332 46 Dortmund 41

Bestellung eines Jahresabonnements der RGO-Nachrichten/Einzugsermächtigung

Ich möchte ab 19.... die 2monatlich erscheinenden RGO-Nachrichten abonnieren.

Name

Vorname

Straße/Haus-Nr.

Wohnort

Ich bestelle:

- das Normalabonnement zum Preis von 10,— DM im Jahr
- das Förderabonnement zum Preis von 20,— DM im Jahr
- das Mitgliedsabonnement zum Preis von 30,— DM im Jahr

Die Abonnementsgebühren sind jährlich im voraus zu bezahlen. Ich zahle durch:

☐ Einziehungsauftrag ☐ Dauerauftrag ☐ Barzahlung/Einzulüberweisung

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Revolutionäre Gewerkschafts-Opinion, Dortmund, meine Abonnementsgebühren bis zu meinem schriftlichen Widerruf jeweils bei Fälligkeit zu Lasten meines angegebenen Kontos einzuziehen:

Bank-/Giro-/Postcheck-Konto-Nr.

Bankleitzahl

Geldinstitut

Kontoinhaber

Der Lastschrift auf meinem Konto kann ich innerhalb von sechs Wochen nach Ausführung bei meinem Geldinstitut widersprechen und die Rücküberweisung auf mein Konto veranlassen.

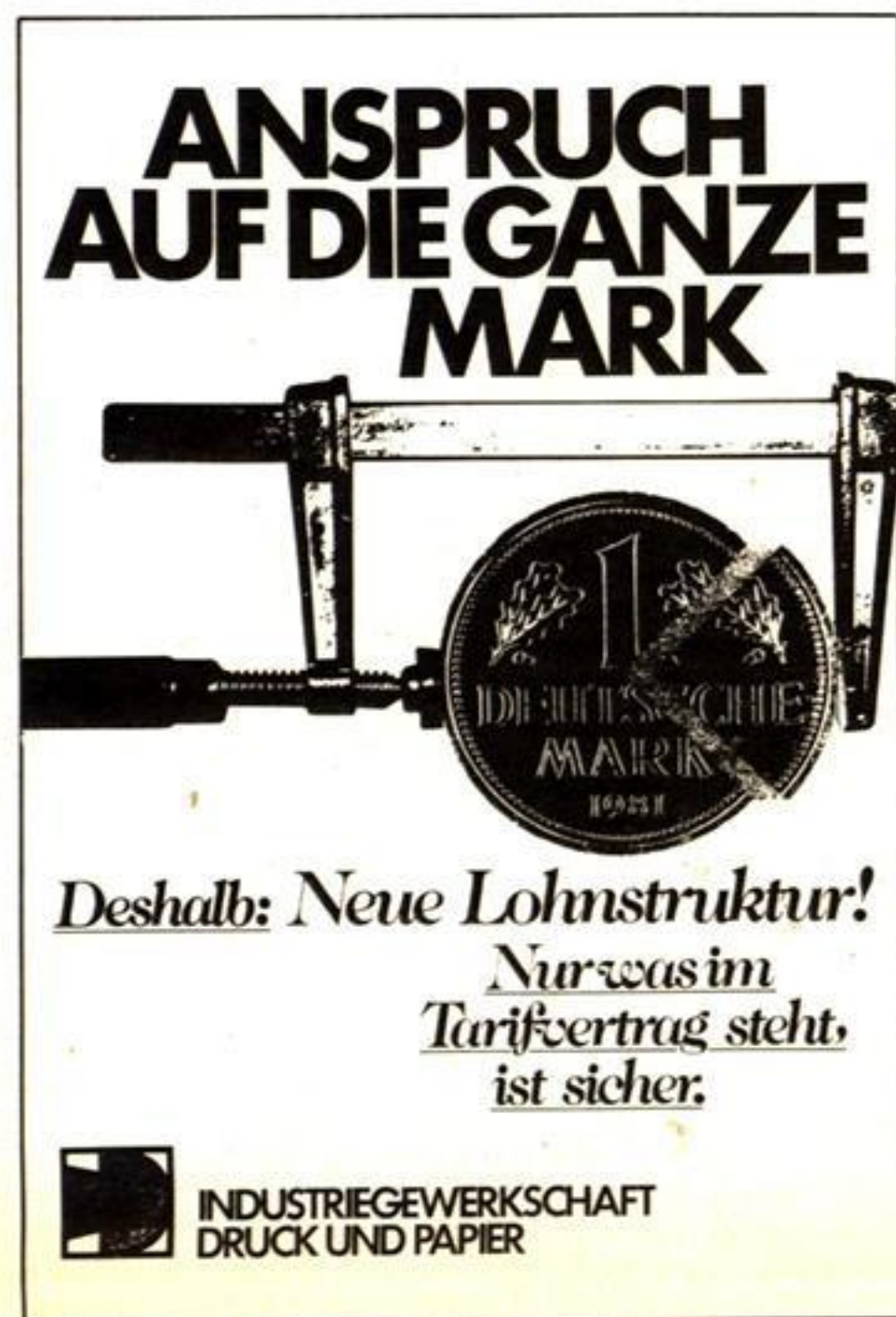
Ort/Datum

Unterschrift

Tarfbewegung Druck

Anspruch auf die ganze Mark

„Anspruch auf die ganze Mark — Nur, was im Tarifvertrag steht, ist sicher.“ Diese Losung macht schon deutlich, worum es bei der Auseinandersetzung um eine neue Lohnstruktur in der Druckindustrie geht. Wie schon im letzten „Roten Morgen“ berichtet, hat die IG Druck und Papier die Verhandlungen über eine neue Lohnstruktur in der Druckindustrie nach fast zwei Jahren für gescheitert erklärt. Die für den 20.2. anberaumte Verhandlung des Schiedsgerichts wurde auf den 15. März vertagt.



ANSPRUCH AUF DIE GANZE MARK

Deshalb: Neue Lohnstruktur! Nur was im Tarifvertrag steht, ist sicher.

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT DRUCK UND PAPIER

In einer Reihe von Betrieben der Druckindustrie haben bereits Warnstreiks und Protestkundgebungen gegen die Haltung der Unternehmer stattgefunden. Der Bundesverband Druck hat als Vorbedingung für eine Vereinbarung über eine neue Lohnstruktur von der IG Druck und Papier gefordert, auf die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche zu verzichten. Das hat die IG DruPa bislang völlig zu Recht zurückgewiesen.

Aber auch das bisherige „Angebot“ der Unternehmer zur Lohnstruktur ist für die Druckereiarbeiter in jeder Hinsicht unannehmbar. Es geht also darum, wie viele Lohngruppen es geben soll, wieviel Prozent vom Ecklohn den jeweiligen Lohngruppen gezahlt wird, wie die Arbeitstätigkeiten in die Lohngruppen eingeordnet werden.

Was sich so tarifchinesisch anhört, hat für die Kolleginnen und Kollegen sehr konkrete und praktische Konsequenzen. Die ganze Problematik muß vor dem Hintergrund der technischen Entwicklung in den letzten Jahren gesehen werden. Sie hat dazu geführt, daß ein sehr großer Anteil der Kolleginnen und Kollegen in der Druckindustrie von Abgruppierungen betroffen bzw. bedroht sind, wobei Abgruppierung sowohl Dequalifizierung als auch Lohnabbau bedeutet.

Lohnabbau droht aber nicht nur über Abgruppierungen. Vor allem in den 60er Jahren, als die Unternehmer besonders bestimmte Facharbeiter dringend suchten, zahlten sie höhere Löhne, als die IG Druck und Papier tariflich durchsetzte. In den frühen 70er Jahren versuchte die IG DruPa, mit der

Forderung nach Vorweganhebungen die Schere zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen zu schließen, was nur zum geringsten Teil gelang. Jetzt bauen die Druck-Kapitalisten die über-tariflichen Lohnbestandteile stark ab.

Für die Druckereiarbeiter-schaft geht es also in der Auseinandersetzung um die neue Lohnstruktur um die Abwehr von Abgruppierungen, die mit Dequalifizierung und Lohnabbau verbunden sind, und um die tarifliche Absicherung des Effektivlohnneaus.

Paisy-Prozeß

Skandalöses Urteil

Das Landesarbeitsgericht Hamm hat Recht gesprochen — für die Opel AG. Es geht um Paisy, ein elektronisches Kontrollsystem, dessen Einführung der Betriebsrat von Opel die Zustimmung verweigert hatte.

Das LAG Hamm entschied nun, dem Betriebsrat stehe kein Anspruch auf Mitbestimmung zu. Beim Einsatz von technischen und elektronischen Kontrollsystemen am Arbeitsplatz, die keine Rückschlüsse auf die individuelle Leistung einzelner Beschäftigter zulassen, habe die Unternehmensleitung weitgehend freie Hand.

Nun ist das mit den Rückschlüssen auf die individuelle Leistung so eine Sache. In einer Unzahl von Betrieben werden elektronische Kontrollsysteme eingeführt oder sind es bereits. Nur in seltenen Fällen wird das von den Unternehmensleitungen mit der Kontrolle der individuellen Leistung einzelner Beschäftigter begründet. Nur ist diese Kontrolle und perfektionierteste Überwachung

Das Angebot der Unternehmer läuft auf die weitere Aufspaltung der Druckereiarbeiter in sage und schreibe 9 Lohngruppen, von denen sechs unter dem Ecklohn liegen sollen, auf massive Abgruppierungen und Lohnsenkungen hinaus. Die Lohngruppen 1 und 2 sollen 74 bzw. 75 Prozent des Ecklohns erhalten, womit sie ausgesprochene Leichtlohngruppen wären, die Lohngruppen 8 und 9 sollen lediglich mit 105 bzw. 110 Prozent des Ecklohns entlohnt werden und nur noch wenige Facharbeiter erfassen, was für große traditionelle Facharbeiterberufe in der Druckindustrie Abgruppierung und Lohnsenkung bedeuten würde. Z.B. sollen die Maschinensetzer in eine Ecklohngruppe eingruppiert werden.

Die IG DruPa fordert dagegen eine Lohnstruktur mit insgesamt fünf Lohngruppen. Die Lohngruppen 1 und 2 sollen zu einer zusammengefaßt werden und mit 90 Prozent des Ecklohns entlohnt werden. Gerade dieser Forderung, die eine tatsächliche Abschaffung der Leichtlohngruppen beinhaltet, kommt im Hinblick auf die weiblichen und ausländischen Hilfskräfte besonderes Gewicht zu. Lohngruppe 3 wäre die Ecklohngruppe. Die Lohngruppen 4, 5 und 6 lägen mit 110, 120 und 130 Prozent über dem Ecklohn.

Wie groß der Unterschied zwischen den Forderungen der IG Druck und Papier und dem „Angebot“ der Unternehmer ist, wird noch deutlicher, wenn man sich ansieht, wie die Tätigkeiten eingeordnet werden sollen. Von aufgelisteten 51 Arbeitsaufgaben lägen nach dem Vorschlag der Gewerkschaft 8 unter dem Ecklohn, 9 in der Ecklohngruppe, 34 über dem Ecklohn. Das Angebot der Unternehmer sieht dagegen folgende Eingruppierungen vor: unterhalb des Ecklohns lägen 21 Tätigkeiten, in der Ecklohngruppe 22 und über dem Ecklohn 8.

Das macht deutlich, wie massiv die Druckunternehmer in dieser Auseinandersetzung um die neue Lohnstruktur Abgruppierungen, Dequalifizierung und Lohnabbau durchsetzen wollen.

des einzelnen Beschäftigten eben in der Regel möglich. Wenn nicht allein aufgrund der durch das fragliche Kontrollsystem ermittelten Daten, dann eben im Verbund mit anderen Daten, die dem mühelosen Zugriff der Geschäftsleitung unterliegen.

Das Urteil des LAG Hamm stellt den Unternehmern deshalb einen Freibrief aus, die elektronischen Kontrollsysteme ohne jede Beschränkung durch Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats zur lückenlosen Überwachung der Arbeiter und Angestellten, zur rücksichtslosen Verschärfung der Arbeitssetze einzusetzen. Endgültig ist das Urteil noch nicht. Rechtsbeschwerde zum Bundesarbeitsgericht wurde zugelassen.

Kleine Chronologie zur 35-Stunden-Woche (V)

In unserer fünften Folge der Chronologie — zehn Wochen ist es nun her, daß die Tarifverhandlungen Mitte Dezember offiziell begannen — wird deutlich, daß Kapital und Regierung nach wie vor ihre harte Gangart beibehalten, während auf Gewerkschaftsseite nach wie vor nicht nur Einigkeit fehlt, sondern auch, vor allem bei der IG Metall, klare Worte zu Kampfmaßnahmen.

11. Februar

• Willy Brandts Wort, am Samstag zuvor auf der Konferenz von Unterbezirksfunktionären geprägt „Arbeitszeitverkürzung ist der gerechte Anteil der Arbeitnehmer am Produktivitätsfortschritt“ schlägt einige Wellen: Zu deutlich steht es im Gegensatz zu den Äußerungen des SPD-Wirtschaftspolitikers Roth, der in den Parteimaterialien gegen den Lohnausgleich geschrieben hatte; von einem gerechten Anteil ohne Lohnausgleich aber, das fällt auf, kann ja wohl kaum die Rede sein, obwohl, natürlich: Brandt hat sich nicht festgelegt.

• Eine Bilanz der in der vergangenen Woche in verschiedenen Bezirken verabredeten Verhandlungsterminen zeigt, daß sie allmählich kürzer werden (bisher in der Regel monatlich);

12. Februar

• Obwohl sie wahrlich nichts Neues enthält, erfährt auch diesmal die Stellungnahme der Metallunternehmer große Öffentlichkeit: Sie sei zu teuer, diese 35-Stunden-Woche, und ein Streik würde mit Aussperrung beantwortet; kaum eine Zeitung, die es am folgenden Tag nicht wiedergab;

• IGM-Vorsitzender Mayr kritisiert die geschlossene Front von Unternehmern und Regierung als eine Erscheinung wie im kaiserlichen Obrigkeitsstaat — ob ihm in seiner Streikvorbereitung dazu was Passendes einfällt?

13./14. Februar

• Große Wellen schlägt an diesen beiden Tagen die Nachricht vom Abschluß eines Haustarifs bei den Gummiwerken Fulda: 38,5 Stunden bei vollem Lohnausgleich; aber es gibt doch eine ganze Reihe von kritischen Stimmen auch aus der Gewerkschaft, die die konkrete Schichtregelung keinesfalls für einen Fortschritt halten; wie bei allen anderen Betriebstarifen zuvor auch liegt die Schwierigkeit, sie als Vorbild dazustellen in der konkreten Ausführung; die Begeisterung in den Führungsetagen der IGM allerdings ist zunächst groß — stellt man sich so eine Kompromißlinie vor unter der Losung, dem Kapital nicht wehtun und doch das Gesicht — möglichst — wahren?

• Eine Untersuchung in der norddeutschen Metallindustrie zeigt, daß nur noch ganze 3 Prozent der Belegschaften 59 Jahre und älter sind — eine erneute Entkräftigung des demagogischen Blüm-Tricks, die Wirkung auf die Arbeitslosigkeit von 35-Stunden-Woche und sogenannter Frührente gleichzusetzen (bzw. letztere höher zu bewerten).

15. Februar

In einem gemeinsamen Pressegespräch wiesen die Vorsitzenden der sieben DGB-Gewerkschaften, die die 35-Stunden-Woche fordern, darauf hin, daß die Unternehmer quer durch alle Branchen eine gemeinsame Widerstandsfront

gegen diese Forderung aufgebaut hätten; kritisiert wurde dabei vor allem „Postminister“ Schwarz-Schilling, der der Postgewerkschaft mitgeteilt hatte, er stehe für Verhandlungen über diese Forderung nicht zur Verfügung.

16. Februar

Erneut gegenteilige Informationen von verschiedenen Ebenen der ÖTV, während auf Bezirkskonferenzen große Mehrheiten für die 35-Stunden-Forderung zustandekamen, betont nun der Vorstand wieder die Tatsache, daß noch nichts entschieden sei — auch über die Kündbarkeit gibt es offensichtlich unterschiedliche Ansichten.

17. Februar

Die Gewerkschaft HBV, die am vergangenen Samstag mit einer großen Betriebsrätekonferenz ihre Organisationsarbeit für die Forderung zu einem ersten Höhepunkt gebracht hatte, betont in einem Pressekommentar erneut, sie halte diese Forderung für durchsetzbar und machbar.

18. Februar

Drei verschiedene Bezirke der CDA-Ausschüsse, unter anderem der von Dortmund, kritisieren die Führung der CDU, diese würde sich in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche einseitig zum Sprecher des CDU-Wirtschaftsrats machen.

19. Februar

• Auch dieser Sonntag wird wieder von verschiedenen maßgeblichen Politikern der Regierungsparteien sowie den Verbandssprechern der Unternehmer dazu genutzt, Ausfälle gegen die gewerkschaftliche Forderung zu starten. Die FDP tut sich dabei besonders hervor: Sie fordert die SPD auf, die Gewerkschaften zu disziplinieren.

20. Februar

• An diesem Tag beginnen in verschiedenen Bundesländern zahlreiche gewerkschaftliche Veranstaltungen, mit denen in der Öffentlichkeit für die 35-Stunden-Woche geworben werden soll; in NRW beispielsweise beschränkt man sich aber in der Mehrzahl der Fälle auf Werbung in den Zeitungen, geht nicht vor Ort, die Mobilisierung bei örtlichen Veranstaltungen ist nach ersten Erfahrungen gering; auch viele Vertrauensleute kommen nicht, weil ihnen die Debatte über das, was denn nun eigentlich geschehen soll, entweder fehlt oder zu ungenügend ist.

21. Februar

Die Vertagung der ersten Schlichtungsrunde bei der Druckindustrie in den Auseinandersetzungen um ein neues Lohnstrukturabkommen ruft heftiges Echo hervor: Die Unternehmer lassen überall schreiben, die Gewerkschaft sei schuld, da sie die 35-Stunden-Woche anpeile.

22. Februar

• Zu einem ersten Vorgespräch kommt es zwischen der HBV und dem Verband des Bankgewerbes — der 15. März wird den Beginn offizieller Verhandlungen markieren. Am Wochenende zuvor hatte die HBV mit einer internationalen Konferenz (mit dem Internationalen Bund der Privatangestellten) zusammen mit 14 europäischen Gewerkschaftsorganisationen mit insgesamt 8 Millionen Mitgliedern die Forderung nach der 35-Stunden-Woche erneut bekräftigt.

• Südhessische Arbeitsloseninitiativen veröffentlichen einen Aufruf, der die Unterstützung ihrer Gruppen für die gewerkschaftliche Forderung unterstreicht und den Willen zur Einheit bekundet.

23. Februar

• Auf Initiative der DGB-Jugend beschließen die Jugendorganisationen im Bundesjugendring (Naturfreundejugend, Falken, Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt, DAG-Jugend und Christliche Arbeiterjugend) die Aktionen der DGB-Jugend mit eigenen Aktivitäten zu unterstützen.

• Ausgerechnet ein Herr Lambsdorff erlaubt sich im Bundestag eine Attacke gegen die Gewerkschaftsbewegung; die IG Druck und Papier, so der besonders unbestechliche Aristokrat, sei keine demokratische Organisation, sondern eine Kaderschmiede — damit hat er sich die Führung in der regierungseigenen Meisterschaft im Antigerwerkschaftshetzen zurückgeholt.

• In derselben Bundestagsdebatte über die Wirtschaftspolitik vertreten die verschiedenen Parteien ihre sattem bekannten Positionen — dabei wird verschiedentlich, auf Hans Mayrs kurz zuvor geäußerte „Kompromißbereitschaft“ angespielt.

24. Februar

• Heftiges Presseecho auf Lambsdorffs gestrige Ausfälle; IG-Drupa-Vorsitzender Ferlemann betont die stabilisierende Absicht seiner Arbeit für diesen Staat, Lambsdorff sei es, der Instabilität bringe.

• Die ÖTV bricht die „Langzeitverhandlungen“ über ein Rationalisierungsschutzabkommen ab mit der Begründung, die öffentlichen Unternehmer wollten keine Verbesserungen, sondern Rückschritte hinter das 71er Abkommen; gleichzeitig wird faktisch das Ende des „Schwebezustands“ erklärt; Wulf Mathies erklärt sowohl auf Bezirkskonferenzen als auch in der Tarifkommission gäbe es eindeutige Mehrheiten für die 35-Stunden-Woche, der Tarif werde zum 30. Juni gekündigt.

35er Spende!

Aber ja: Spenden für die 35-Stunden-Woche, bzw. den Kampf darum. Daß die Partei hier viel vor hat, weiß jeder, der den Roten Morgen schon mal gelesen hat, daß dies bereits begonnen hat, ebenfalls. Doch daß das auch besonders Geld kostet, überlegt man nicht so ohne weiteres. Deshalb dieser Anstoß! Es ist nicht nur, daß die KPD zu diesem so wichtigen Kampf besonders viel machen will und macht, es ist auch so, daß sie dazu durchaus Eigenes zu sagen hat, was wichtig ist, daß es unter „die Leute“ kommt, seien es Flugblätter, Plakate, Veranstaltungen oder besondere Aktionen. Für diese Sache brauchen wir auch deine Spende unter dem Stichwort „35“ auf Konto-Nummer: 64 20-467, (Bankleitzahl 440 100 46), Postscheckamt Dortmund, KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Arbeitsplatzvernichtung bei Dogmoch

Zieht der Geier seine Kreise ...

Schon verschiedentlich (zuletzt im RM Nr. 7/84) haben wir über die Entwicklung in der Firma Dogmoch in Ludwigshafen berichtet. Mit folgendem Artikel über den Kampf von Betriebsrat und Belegschaft gegen die drohende Arbeitsplatzvernichtung setzen wir die Berichterstattung fort. Gewöhnlich beherrschen die

Für den 16.2. hatte der Betriebsrat eine zusätzliche Betriebsversammlung angesetzt. Einen Tag vorher teilte die Geschäftsleitung mit, daß sie die Betriebsversammlung ablehne, da keine „grundlegenden Veränderungen“ vorgenommen werden. Bis zu 60 Kündigungen sind also für die Herren keine grundlegenden Veränderungen. Der Betriebsrat antwortete sofort, daß die Betriebsversammlung stattfinden werde. Die HBV-Betriebsgruppe hatte sich darauf vorbereitet, daß sich die Geschäftsleitung vor der Betriebsversammlung drücken wird. Für diesen Fall war die Belegschaft in die Verwaltung marschiert, um die Geschäftsleitung aufzufordern, Stellung zu beziehen. Daraus wurde leider nichts. Die Herren zogen es vor, ohne nachdrückliche Aufforderung zu erscheinen.

Am Morgen vor der Betriebsversammlung erschien ein Flugblatt der HBV-Betriebsgruppe, in dem in bezug auf die Ablehnung der Betriebsversammlung die Frage gestellt wurde, ob die Geschäftsleitung Angst habe, sich zu äußern.

Auf der Betriebsversammlung selbst sahen sich die Herren einem Wald von Schildern gegenüber, die unmißverständlich die Meinung der Belegschaft ausdrückten: „Lieber keine Überstunden als Mitglied in der Stempelrunde“; „Bei uns ist nichts zu holen, die Bosse haben die Kohlen“; „Zieht der Geier seine Kreise, liegt der Kleine in der Scheiße“ usw. usw. Die Geschäftsleitung hatte so gut wie nichts zu sagen. Ein klägliches Versuchen, die gegenüber dem Betriebsrat geäußerte Drohung, bis zu 60 Mitarbeiter zu entlassen, als „falsch verstanden“ hinzustellen, scheiterte. Der Betriebsrat stellte noch einmal klar, daß die Entlassung von 60 Mitarbeitern als ein Etappenziel der Geschäftsleitung anzusehen sei, was durch die Aussage der Geschäftsleitung bekräftigt wird, daß dann der Betrieb „sanierter“ wäre.

Der Betriebsrat legte dann ein Neun-Punkte-Programm vor, wie die Entlassungen zu verhindern wären. Darin forderte er, daß die Warenverteilung ausschließlich bei Dogmoch erfolgt und nicht durch Speditionen.

Den Ausbau des firmeneigenen Fuhrparks zumindest auf den alten Stand und Rückverlagerung der Warenverteilung in das Lager Ludwigshafen wurde gefordert. (Die Warenverteilung ist auf die sowieso schon überlasteten Mitarbeiterinnen in den Ypsilon-Shops abgewälzt worden). Ein wichtiger Punkt sind die Überstunden. Der Betriebsrat wird in Zukunft nur noch Überstunden gegen Freizeitausgleich zustimmen (natürlich mit Zuschlägen). Als letzte Möglichkeit, um Entlassungen zu verhindern, wird Kurzarbeit bei vollem Lohnausgleich vorgeschlagen.

Die Geschäftsleitung lehnte jede Stellungnahme zu diesem Programm ab. Auch zu allen anderen Fragen äußerte sie sich nicht bzw. ausweichend. Boden

konnte die Geschäftsführung bei der Belegschaft nicht gewinnen, im Gegenteil. Die Kampfbereitschaft ist gewachsen.

Zu Interessenausgleich und Sozialplan

Fakt ist, daß die Firma eine Reihe von Mitarbeitern entlassen will. Durch Einschränkung der Tätigkeiten im Betrieb selbst (Warenauszeichnung, Fuhrpark, Direktversand) kann das Personal mindestens um 60 Kolleginnen und Kollegen verringert werden. Gestützt wird diese Vermutung durch die Aussage der Geschäftsführung, daß bei einem Personalabbau von 60 Beschäftigten „der Betrieb saniert wäre“. Also muß der Betriebsrat davon ausgehen, daß das zunächst angestrebte Ziel die Vernichtung von 60 Arbeitsplätzen ist.

Zunächst will Dogmoch bei den Entlassungen unter der Marke von Massenentlassungen (10 Prozent der Belegschaft) bleiben, um zumindest einen Teil der Belegschaft „kostengünstig“ loszuwerden. Das ist die erste Etappe. Weiter will sie sich durch einen Interessenausgleich „nicht die Hände binden lassen für ihre weitere Geschäftspolitik“ (Aussage eines Geschäftsführers). Die Geschäftsführung ist der Meinung, bisher keinen Sozialplan abschließen zu müssen, da die Bedingungen nicht vorhanden wären. Der Betriebsrat ist der Meinung, daß die Bedingungen für einen Sozialplan vorhanden sind, weil im laufenden Geschäftsjahr (bis 29. Febr.) elf Mitarbeiter „abgebaut“ wurden. 9 - 14 Entlassungen sind angekündigt, 60 sind angedroht. Der Geschäftsleitung ist klar, daß weitere Entlassungen nach der ersten Etappe zusammengezogen werden können und somit ein Sozialplan auf jeden Fall gemacht werden muß.

Jetzt ist bei Dogmoch die Situation so, daß die Geschäftsführung meint, die jetzigen Kündigungen wären nicht sozialplanpflichtig, über einen Interessenausgleich will sie sowieso nicht verhandeln, auf der anderen Seite aber laufen die Kündigungen schon.

In dieser Situation sieht der Betriebsrat die Verhandlungen um einen Sozialplan als Druckmittel, was sie ja auch offensichtlich sind, und auch als Notwendigkeit:

1. um Kündigungen möglichst rauszuschieben, denn während der Verhandlungen dürfen keine Maßnahmen durchgeführt werden, die mit dem Inhalt der Verhandlungen zusammenhängen und

2. um diejenigen Mitarbeiter, deren Kündigung nicht zu verhindern ist, nicht ganz mit leeren Händen gehen zu lassen.

Großbetriebe die Betriebs- und Gewerkschaftssekten des „Roten Morgen“. Viele unserer Leserinnen und Leser aber arbeiten in Betrieben von der Größe Dogmochs (ca. 200 Beschäftigte). Wir glauben, daß die Erfahrungen der Kollegen von Dogmoch deshalb von großem Interesse und Nutzen sind.

Jetzt zu dem eigentlichen Problem:

Sicher ist es falsch, den Kampf auf Interessenausgleich und Sozialplan zu orientieren. Das wäre keine Orientierung um die Arbeitsplatzvernichtung zu verhindern. Die Belegschaft wäre lediglich darauf orientiert, eine möglichst hohe Abfindungssumme zu bekommen. Ein Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung wäre so nicht möglich. Die Schwierigkeit besteht darin, daß, wenn solche Verhandlungen laufen, schwer zu verhindern ist, daß sich Teile der Belegschaft auf den Sozialplan orientieren.

Deshalb muß auch, wenn keine Zwangssituation besteht, vermieden werden, daß Sozialplanverhandlungen überhaupt ins Spiel kommen. Zumindest müssen sie so lange vermieden werden wie möglich. Im Vordergrund muß der Kampf der Belegschaft gegen die Vernichtung der Arbeitsplätze stehen. Nur muß der sehr konkret begründet werden und muß der Argumentation der Unternehmer, warum sie Personal abbauen (in diesem Fall Umsatzrückgang), auch was Konkretes entgegensetzen. Konkret: „Wir könnten alle beschäftigt werden, wenn Dogmoch auf bestimmte Dinge verzichtet bzw. durchführt, er will das aber nicht, weil es anders für ihn Profit bringt.“ Sicher muß der Belegschaft klargemacht werden, daß die Unternehmer Arbeitsplätze vernichten, um zumindest die Profite zu halten, oder wie sie sagen, „um konkurrenzfähig zu bleiben“. Das reicht aber als Orientierung nicht. Auf Grund dieser Argumente läßt sich kein Kampf entwickeln. Diese Argumente sind der Hintergrund. Im Vordergrund stehen die Argumente der Unternehmer, warum sie konkret Arbeitsplätze vernichten.

Deshalb wurde bei Dogmoch das oben erwähnte 9-Punkte-Programm erstellt. Es enthält Forderungen, die durchführbar wären, den Interessen von Dogmoch aber entgegenstehen. Dogmoch begründet den geplanten Personalabbau mit „im Verhältnis zum Umsatz stark gestiegenen Personalkosten“. Also sie wollen auf jeden Fall Personal abbauen, egal welche Vorschläge zur Verhinderung des Personalabbaus gemacht werden. Der Kampf kann deshalb entwickelt werden, weil die Mitarbeiter die Forderungen als durchführbar ansehen, aber auch sehen, daß sie gegen den Willen der Geschäftsführung durchgesetzt werden müssen, weil die aus Profitgründen auf die Forderungen gar nicht eingehen will. In diesem Zusammenhang kann der Belegschaft auch besser klargemacht

werden, daß die Handlungen der Unternehmer rein nach dem Profit orientiert sind. Sie sparen in diesem Fall Personalkosten ein, indem sie Teile der Arbeit in kostengünstigere Bereiche verlagern (Die Warenauszeichnung z. B. wird in den Ypsilon-Shops entweder vom Personal mit übernommen, oder es werden Hilfskräfte für 8,50 DM/St. eingesetzt).

Das Personal (60) kann die Geschäftsführung, wenn sie den Betrieb aufrechterhalten will, nur abbauen, indem sie Arbeiten in kostengünstigere Bereiche verlagert. Und gegen diese Verlagerung muß der Kampf zuerst geführt werden. Somit kommt man der Argumentation „wir müssen Personal abbauen, weil keine Arbeit mehr da ist“ zuvor.

„Zwangsarbeit für Arbeitslose“

Der Betriebsrat der Fa. Dogmoch klagte wegen der Einstellung von zehn Arbeitslosen zu sogenannten Trainingsmaßnahmen, also für die Fa. Dogmoch zum Nulltarif. Der Betriebsrat wollte feststellen lassen, ob solche Maßnahmen unter das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats fallen.

In der Urteilsbegründung heißt es u.a.: „Indes ist die Kammer der Überzeugung, daß es auf die Begründung eines Arbeitsverhältnisses oder auf eine dahingehende Absicht nicht ankommt. Mit dem Begriff der Einstellung wird vielmehr der Tatbestand erfaßt, durch den die rechtliche Zugehörigkeit zum Betrieb begründet wird. Er liegt in der Übertragung des Arbeitsbereiches, durch den der Arbeitnehmer in die vom Betriebsrat repräsentierte Belegschaft aufgenommen wird (Diet-Richardi 6. Aufl. RdNr. 23 zu § 99). Entscheidend kommt es also darauf an, ob ein Arbeitsbereich zugewiesen wird und der Einstellende dem Arbeitgeber auch tatsächlich zur Verfügung steht (...) So kann auch die unentgeltliche Verwendung auf einem Arbeitsplatz mitbestimmungspflichtig sein“.

Die Kammer bezieht sich dann weiterhin auf ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts im Falle der Beschäftigung von „Leiharbeitsnehmern“. Das Gericht geht davon aus, daß Teilnehmer der sog. Trainingsmaßnahme dem Direktionsrecht des Betriebsinhabers unterliegen und Arbeiten wie jeder andere Beschäftigte verrichten.

Weiter in der Begründung: „Dazu gehört auch, daß die Arbeitslosen während der Zeit der Trainingsmaßnahmen des Schutzes des Betriebsverfassungsrechts teilhaftig werden“ und „Weiterhin ist zu bedenken, daß im Betrieb der Antragsgegnerin ein Personalabbau in der Vergangenheit stattgefunden hat. Die auch nur vorübergehende Beschäftigung von sechs Arbeitslosen kann die Besorgnis

begründen, daß infolge der personellen Maßnahme andere im Betrieb beschäftigte Arbeitnehmer gekündigt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Insbesondere ist zu befürchten, daß die Antragsgegnerin angesichts der durch sie herbeigeführten veränderten Beschäftigungslage eher geneigt ist, in Zweifelsfällen eine Kündigung auszusprechen ...“

Für den Betriebsrat gab es mehrere Gründe für die Klage:

1. wurden die Arbeitslosen zwangsverpflichtet,

2. wird den Unternehmern auf Umwegen ein Zusatzprofit verschafft, denn sie zahlen für die Arbeit der „Arbeitslosen“ keinen Pfennig. Letztlich wieder eine Umverteilung aus den Kassen der Arbeitslosenversicherung an die Kapitalisten;

3. sollten hier wesentliche Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates umgangen werden.

Die Rechnung für die Kapitalisten ist einfach. Fünf „Arbeitslose“ ersetzen fünf Beschäftigte. Da Nachfolgebemaßnahmen möglich und wahrscheinlich sind, können sie damit fest planen. Letztendlich werden auf diese Weise wieder neue Arbeitslose geschaffen. Die Arbeit der Arbeitslosen unterscheidet sich von der der Sklaven nur dadurch, daß sie auf 1/2 Jahr beschränkt ist. Weigern sie sich, an den Trainingsmaßnahmen teilzunehmen, werden sie mit zwei Monaten Totalentzug bestraft.

Akten Nr. 4 Ga BV 41/43 Arbeitsgericht Ludwigshafen



Mönninghoff / Hattingen:

Belegschaft kämpft weiter

Die rund 800 Beschäftigten der Hattinger Flanschenfabrik Mönninghoff setzen ihren Kampf zur Rettung ihrer Arbeitsplätze fort. Seit Ende Januar dauern Torbewachung und Besetzung des Betriebes an.

Wie wir schon im letzten „Roten Morgen“ ankündigten, wurde Anfang vergangener Woche das Konkursverfahren über Mönninghoff eröffnet. Unmittelbarer Anlaß des Konkurses ist die Weigerung der WestLB und der gewerkschaftseigenen BfG landesverbürgte Kredite auszusahlen.

Als auf einer Belegschaftsversammlung der Konkursverwalter die Kollegen im dafür üblichen Deutsch wissen ließ: „Meine Herren, Sie sind alle freigestellt“, da spielten sich im Werk laut WDR „unbeschreibliche Szenen“ der Wut und Empörung ab. Die Belegschaft beschloß die Besetzung auszuweiten und das Werk Tag und Nacht zu besetzen, um der Forderung nach Erhalt ihrer Arbeitsplätze Nachdruck zu verleihen.

Inzwischen rollte eine „beispiellose Solidaritätswelle“ aus vielen Betrieben der BRD auf die Mönninghoffbelegschaft zu, wie der BR-Vorsitzende Gerd Grevel berichtete. Solidaritätsadressen und Geldspenden kamen aus allen Ecken Deutschlands. Frauen von Mönninghoff-Arbeitern bildeten ein Frauenkomitee. Ihre erste Aktion war es, mit ihren Kindern nach Düsseldorf zur West-LB zu fahren und die Auszahlung der landesverbürgten Kredite zu verlangen. Die Banker ließen die Frauen kalt abblitzen. Während der gesamten letzten Woche gab es von Mönninghoff-Kollegen Mahnwachen vor der West-LB in Düsseldorf und vor der BfG in Bochum.

Ende der Woche fand dann unter dem Druck der Besetzung, während die Mönninghoff-Frauen auf der Straße demonstrierten, unter Federführung des

NRW-Wirtschaftsministers Jochimsen (SPD) eine Verhandlungsrunde zwischen Banken, Betriebsrat und Landesregierung statt. Erstes Ergebnis: Die Banken zahlen 8 Millionen Mark Kredite aus, und Anfang der Woche wird die Produktion mit 300 der 800 Kollegen wieder aufgenommen.

Wie auf dem Solidaritätsfest am letzten Samstag in der proppenvollen Werkshalle von Mönninghoff jedoch immer wieder von der örtlichen IGM, von Belegschaftssprechern und dem Betriebsrat angekündigt wurde, ist damit für die Belegschaft der Kampf nicht zu Ende. Der Betriebsrat jedenfalls wird in dieser Woche seine Zustimmung zu Massenentlassungen für die restlichen 500 Kollegen verweigern.

Auf der Solidaritätsveranstaltung wurden etliche Grüße und Geldspenden von Belegschaften und Organisationen überbracht. Unsere Partei spendete 500,- DM für die Mönninghoff-Kollegen.

Inzwischen ergeben sich Risse im sozialdemokratischen Lager. Der im eigenen Haus ganz auf Sozialplan eingestellte BR-Vorsitzende des größten Hattinger Betriebes, der Thyssen-Henrichshütte und zweiter Bevollmächtigter der IGM Willi Koch weigerte sich auf einer IGM-Vertreterversammlung zu Mönninghoff zu erscheinen und der SPD-Stadtdirektor von Hattingen ließ seinen Parteifreund, den Mönninghoff-Betriebsratsvorsitzenden Gerd Grevel wissen, er sei der größte Lump, der in Hattingen rumlaufe. Daraufhin kursierten auf dem Solidaritätsfest Listen, die den Rücktritt des Stadtdirektors forderten.

Aktionswoche gegen Ausländerfeindlichkeit:

Die Volksfront ist bundesweit dabei

„Der Bundesvorstand gibt den Gruppen für die Aktionswoche — aber auch für die Zeit danach — verschiedene Materialien in die Hand, die im Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit einzusetzen sind. Das sind verschiedene Aufkleber und Anstecker, ein Plakat zur Forderung nach kommunalem Wahlrecht für Ausländer, das sind aktuell vor allem vier verschiedene Flugblätter, die vor der Aktionswoche zur Verfügung stehen sollen: eines, das sich allgemein gegen Ausländerfeindlichkeit richtet und die Haltung der Volksfront dazu verdeutlicht, eines zum Thema Ausländer und 35-Stunden-Woche, eines zum kommunalen Wahlrecht und eines, das im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit darlegt, warum wir gemeinsam für das Verbot der NPD und aller anderen faschistischen Organisationen kämpfen müssen.“

Zu wenig, so wurde bereits vor einiger Zeit festgestellt, hat die Volksfront bisher die Möglichkeiten, die sie als bundesweite antifaschistische Organisation hat, in die Planungen und Aktionen des „Frankfurter Appells“ eingebracht. Diesen Zustand zu ändern, damit wurde bereits begonnen, und das deutete sich nicht nur auf dem letzten Treffen des Koordinationsausschusses in Frankfurt an. Im Rahmen der Aktionen vieler Städte, wo die Aktivitäten der Woche schon weitgehend feststehen, haben die örtlichen Volksfront-Gruppen ihren festen Platz. — Dazu Ellen Thielen:

„Ich habe mich in den letzten Tagen mit einigen Orten in Verbindung gesetzt, um zu erfahren, wie es dort konkret aussieht. Ich habe noch längst nicht alle erreicht, aber der erste Überblick ist schon ganz erfreulich: Über-

In vielen Städten im Bundesgebiet und in Westberlin leistet die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg ihren Beitrag zur Aktionswoche gegen Ausländerfeindlichkeit (10. bis 17. März). Am Rande eines Arbeitstreffens in Köln, bei dem es vor allem um die Mobilisierung aller (22) Ortsgruppen der Volksfront in NRW für den Kampf um das kommunale Wahlrecht für Ausländer ging, sprachen wir darüber mit Ellen Thielen, der Geschäftsführerin im Bundesvorstand der Volksfront.

Stoppt Zimmermanns Vertreibungspläne

URLAUB



FÜR ZIMMER

VISUELLE
OPPOSITION

... noch ein Plakat der Projektgruppe Visuelle Opposition. Weil das erste — siehe letzter „Roter Morgen“ — so gut angekommen ist. Auch als Werbung für die engagierten Künstler. Hier ihre Anschrift: Projektgruppe Visuelle Opposition, Peter Früh und Wolfgang Weiss, Gesamthochschule Kassel, Fachbereich Kunst, Menzelstr. 15, 3500 Kassel.

all, wo ich angerufen habe, ist die Volksfront aktiv dabei. In Westberlin zum Beispiel. Dort gibt es ein Bündnis von 20 bis 25 Organisationen. Die Volksfront beteiligt sich, und sie bereitet im Auftrag des Bündnisses eine Veranstaltung zum kommunalen Wahlrecht für Ausländer vor. In Bremen macht die Volksfront schon am Freitag, einen Tag vor Beginn der Aktionswoche, eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Wie kommen wir weiter im Kampf für die Rechte unserer ausländischen Mitbürger“. Dabei geht es unter anderem auch um das kommunale Wahlrecht. In Schweinfurt wurde unter starker Mitarbeit der Volksfront ein Arbeitskreis gegen Ausländerfeindlichkeit gegründet. Dieser Arbeitskreis macht bereits vor der Aktionswoche ein Seminar über Ausländerfeindlichkeit; am 10.3. führt dann die Volksfront eine Veranstaltung mit Diavortrag durch. In Mannheim unterstützt die Volksfront die Aktionen, zu denen die Initiative der mit Ausländern verheirateten Frauen aufgerufen hat. In Frankfurt, wo ja sehr viel läuft, machen unsere Leute vor allem in der Bornheimer Initiative mit. Dort gibt es unter anderem einen Diavortrag über die Türkei von einer Reisegruppe mit anschließender Diskussion über Ausländerfeindlichkeit. In Münster ist auch jeden Tag etwas los, die Volksfront macht eine Reihe von Informationsständen, dort werden auch besonders Unterschriften zum kommunalen Wahlrecht gesammelt. Oder bei uns in Aachen: Hier machen wir zusammen mit dem Deutsch-Türkischen Verein eine Kampagne zur Aufenthaltsberechtigung. Das heißt zum Beispiel: Wir bringen Flugblätter in die Wohnviertel, wo die meisten Türken wohnen. Wir hängen Schrift-

plakate türkische Kneipen und Geschäfte, auch in deutsche Geschäfte. Im Deutsch-Türkischen Verein gibt es Beratungsstunden, in denen eine Aufklärung über die Wahrnehmung der Rechte stattfindet. Ansonsten haben wir von der Volksfront noch eine umfangreiche Ausstellung vorbereitet, ein Thema auch dabei: kommunales Wahlrecht für Ausländer. In Lübeck gar es erst im Dezember eine Aktionswoche, dort gibt es jetzt Schwierigkeiten, schon wieder eine zu machen. — Das waren so die Städte, aus denen ich Mitglieder gesprochen habe. Was in Dortmund läuft, weißt du ja wohl selbst ... — Stimmt. Einiges wissen auch die Leser dieser Zeitung schon aus der letzten Nummer. Im Kreis der Aktiven im Kampf für das kommunale Wahlrecht sind

Volksfrontler dabei. Sie bemühen sich auch noch, zusammen mit anderen, darum, während der Woche noch mehr zu machen und noch zu anderen Themen. Mit Sicherheit wird am 17.3. noch etwas Auffälliges in der Dortmunder Innenstadt laufen. Aber was genau, das steht noch nicht endgültig fest.

Das Material vom Bundesvorstand lag an diesem Wochenende noch nicht vor. Wir werden wohl einiges davon auch noch im „Roter Morgen“ feststellen. Die Volksfront hat unsere volle Sympathie und, wo immer möglich, aktive Unterstützung bei ihren Aktivitäten und ihrem Bemühen, ihre Organisation zu festigen und kräftig zu verbreitern, um der wichtigen Aufgabe, die ihr im antifaschistischen Kampf zukommt, gerecht zu werden.

Volksfront:

Materialmappe für den Kampf um das kommunale Wahlrecht für Ausländer

Der Bundesvorstand der Volksfront wird in Kürze eine Materialmappe zur Unterstützung des Kampfes um das kommunale Wahlrecht für Ausländer herausgeben. Diese Mappe soll enthalten:

- Informationen über Länder, in denen es ein solches Wahlrecht bereits gibt,
- Beispiele für Aktivitäten in verschiedenen Orten der Bundesrepublik, die auf die Durchsetzung dieser Forderung gerichtet sind,
- eine Liste über die Stellungnahmen und eventuelle Aktivitäten der verschiedenen Parteien und Organisationen zu dieser Forderung
- eine Liste von Leuten, die man zu Treffs und Veranstaltungen über dieses Thema einladen kann,
- Aufruf und Unterschriftenliste des VIA
- Literaturliste.

Wer etwas zu dieser Mappe beisteuern kann, der schicke das Material möglichst schnell an die Geschäftsführung der Volksfront: Ellen Thielen, Mariahilfstr., 5100 Aachen. Dort kann die Mappe dann auch bestellt werden.

Volksfront:

Seminare zum Thema 35-Stunden-Woche und Aussperrung

Stuttgart, 17. März, Bücherstube Ost, Hausmannstraße 107
Hannover, 18. März, Ort und Uhrzeit noch nicht bekannt (bei Volksfront-Geschäftsstelle zu erfragen).
Zu diesen Seminaren, die von der Volksfront durchgeführt werden, ist jeder Interessierte herzlich eingeladen.

Ein Erfolg der Solidaritätsbewegung:

Mehmet Kilicgedik erhält eine Aufenthaltsberechtigung

Genossen aus Herford berichten:

Liebe Genossen!

Wir möchten einmal näher über die Verweigerung der Aufenthaltsberechtigung für Mehmet K. berichten (siehe RM 7/84). Mehmet lebt seit mehr als zwölf Jahren in der BRD. Am 15.6. stellte er einen Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltsberechtigung bei der Bielefelder Ausländerbehörde. Mit einer Aufenthaltsberechtigung erhalten Ausländer einen Status, der sie vor allem auch vor Ausweisung, etwa bei Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug usw. weitgehend schützt.

Lange Zeit hörte Mehmet dann nichts von der Ausländerbehörde. Am 28.12.83 schließlich erhielt er einen Ablehnungsbescheid mit der Begründung, daß er nach Mitteilung des Innenministers Mitglied bzw. führender Funktionär mehrerer linksextremistischer Gruppen sei. Eine Verfestigung des Aufenthaltsrechts von Ausländern,

deren politische Aktivitäten darauf gerichtet sind, die Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik in Frage zu stellen, könne nicht in Frage kommen. Der Amtsleiter der Bielefelder Ausländerbehörde König teilte auf Anfrage mit, daß eine Aufenthaltsberechtigung dann nicht erteilt werden könne, wenn dem Verfassungsschutz Erkenntnisse vorlägen, daß der Antragsteller ein „Unruheherd“ sein könnte und sein Bleiben nicht den öffentlichen Interessen dienlich sei. In solchen Fällen müsse vielmehr darauf abgestellt werden, daß eine Abschiebung des Betroffenen (nach § 6 des Ausländergesetzes, „Politische Betätigung“) möglich bleibe.

Bisher war nur ein weiterer Fall dieser Art bekannt, nämlich der eines Dev-Yol-Mitgliedes in Braunschweig.

Wir gehen davon aus, daß

diese Sache kein Einzelfall bleiben wird:

a) weil erst jetzt im Zuge der Kampagnen zur Aufenthaltsberechtigung immer mehr (besonders linke) Ausländer eine Aufenthaltsberechtigung beantragen

b) aus den sogenannten Zimmermannpapieren wurde deutlich, daß von Regierungsseite versucht wird, jegliche politische Betätigung von Ausländern zu unterbinden, sei es durch Einschüchterung, Verbote etc. Auf gut hochdeutsch: Wer sich hier politisch betätigt, kriegt keine Aufenthaltsberechtigung, kann also jederzeit ausgewiesen werden. Also immer schön brav sein, nicht an Streiks, Demos, politischen Veranstaltungen teilnehmen und schon gar nicht Mitglied in einem türkischen Arbeiterverein sein, da man dann immer die drohende Abschiebung im Nacken hat.

c) in verschiedenen Regionen

ist heute schon üblich, daß bei bzw. über Aufenthaltsberechtigungsbewerbern Informationen bei Arbeitgeber, Verfassungsschutz, Amtsgericht, Polizei und Sozialamt über Arbeitsverhältnis, politische Betätigung, Schuldnerverzeichnis, Kriminalität oder Sozialhilfebezug eingeholt werden. Zum Beispiel werden im Kreis Gütersloh die Arbeitgeber befragt, wie sich der Antragsteller bisher geführt habe und die bisher am Arbeitsplatz erbrachten Leistungen zu beurteilen seien.

Aus dem hier Gesagten wird eigentlich deutlich, daß es sich bei dem Vorgehen der Ausländerbehörden bei Mehmet nicht nur um ein Einzelschicksal, sondern nur um einen, wenn auch in dieser Form bisher seltenen Versuch der politischen Disziplinierung von Ausländern handelt.

Ausländische Kollegen sollen durch die verschiedenen Maßnahmen und die Überprüfung bei Beantragung einer Aufenthaltsberechtigung mundtot gemacht werden. Hier soll letztendlich die Kampfkraft der Arbeiterklasse insgesamt geschwächt werden.

Aufgrund dieser Einschätzung beschloßen wir, das heißt die KPD Herford, die Solidaritätskampagne mit Mehmet massiv zu unterstützen. Die Soli-

daritätsaktionen wurden im wesentlichen vom Bielefelder Komitee gegen Ausländerfeindlichkeit koordiniert. Es wurden die Presse, bekannte Persönlichkeiten, Institutionen und Organisationen informiert und zum Protest beim Innenminister aufgefordert. Außerdem wurden Protestunterschriften gesammelt. Binnen kürzester Zeit protestierten zahlreiche Organisationen gegen das Vorgehen der Ausländerbehörden, so zum Beispiel die Bunte Liste, Kreis 74, der Bielefelder Jugendring, und selbst die Stadt Bielefeld setzte sich für Mehmet ein. Von den knapp 1000 Protestunterschriften, die dem Innenminister geschickt wurden, sammelten wir bei zwei Ständen in Herford, Besuchen bei Initiativen usw. knapp 300.

Die massiven Proteste blieben nicht ohne Wirkung.

In der vergangenen Woche erhielt das Internationale Begegnungszentrum Friedenshaus ein Schreiben des nordrhein-westfälischen Innenministers Schnoor. Darin stand, daß er nunmehr der örtlichen Sachkenntnis der Stadt Bielefeld, die sich sehr positiv für Herrn Kilicgedik einsetzte, mehr Gewicht beimesse als den Erkenntnissen seiner Verfassungsschutz. Er habe den Regierungspräsidenten in Detmold

gebeten, dem Widerspruch gegen die Versagung der Aufenthaltsberechtigung stattzugeben. Das ist sicherlich erst einmal ein Erfolg.

Insgesamt muß man jedoch sagen, daß hier im Einzelfall entschieden wurde. In diesem Einzelfall soll den „Erkenntnissen“ des Verfassungsschutzes nicht so viel Bedeutung beigegeben werden. Das heißt praktisch, daß diese Überprüfungspraxis und der vom Chef der Ausländerbehörde benannte Ablehnungsgrund prinzipiell nicht in Frage gestellt werden. Es wird also auch weiter derartige Ablehnungen geben.

Der Verein der türkischen Arbeiter und Studenten in Bielefeld (Mitglied der DİDF) bleibt weiter als linksextremistische Vereinigung eingestuft, was für seine Mitglieder zu ähnlichen Problemen wie bei Mehmet führen könnte.

Die Konsequenz aus dem oben Geschilderten kann für uns nur sein, daß wir uns noch stärker für die Rechte der ausländischen Kollegen einsetzen, insbesondere auch, um den Spaltungsversuchen zwischen deutschen und ausländischen Kollegen durch Regierungs- und Kapitalkreise wirkungsvoll zu begegnen.

Leserbriefe + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + +

Die Volksfront zur Kampffront machen

Am 20. Januar 84 erschien im „Roten Morgen“ ein Diskussionsbeitrag vom Vorsitzenden der KPD, H. D. Koch, zur Einschätzung der Arbeit der Volksfront.

Ich möchte ehrlichen Herzens sagen: endlich. — Solch eine klare Stellungnahme hätte schon viel früher kommen müssen. Sie ist nun jetzt erst gekommen, und ich wünsche mir, daß dieser Artikel von allen Genossen, besonders von denen, die in der Volksfront arbeiten, auch gelesen wird. Nicht nur das, sondern daß sie auch endlich danach handeln. Es muß endlich Schluss sein mit diesem Hickhack und den Querelen in einigen Ortsgruppen. Die Aufgaben der Volksfront sind klar abgesteckt. Jetzt heißt es in die Hände spucken und gemeinsam arbeiten, um das nachzuholen, was in der Vergangenheit versäumt wurde. Die Volksfront braucht keine Besserwisser, sondern Mitglieder, die ihre Aufgabe in der Volksfront richtig erkannt haben und bereit sind, auch Aufgaben zu übernehmen.

Vergessen wir eins nicht, es gibt viel mehr Antifaschisten als Kommunisten in der Bundesrepublik. Diese Menschen sollten wir ansprechen und ihnen unsere politischen Ziele und Aufgaben klarmachen. Wenn wir unserer Aufgabe gerecht werden wollen, dann dürfen wir die alten Fehler nicht wiederholen und uns sektiererisch und womöglich noch überheblich benehmen. Wir dürfen nicht in jedem Menschen, der eine andere Meinung äußert, gleich den großen Feind sehen, den es gilt, zu vernichten. Sollten wir nicht lieber versuchen, mit guten Argumenten zu überzeugen und lieber ein paar kleine Schritte mehr zu machen als großen Illusionen nachzulaufen, wie geschehen?

Wir sollten unsere Kräfte dafür einsetzen, das angefangene Netz, das geknüpft wurde und heute noch von vielen Aktiven geknüpft wird, zu verbreitern und zu verstärken. Wir dürfen über unserer Arbeit in Initiativen, die sehr wichtig und notwendig ist, nicht unsere große Aufgabe als antifaschistische Organisation vergessen, den Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg zu führen. Das soll heißen, daß wir uns politisch besser vorbereiten. Die ersten Ansätze wurden gemacht, da könnten wir Hilfe gebrauchen, das darf aber nicht so aussehen, daß man uns bei der Arbeit behindert. Politisch zu führen heißt, daß wir unsere politische Auffassung mit den Tagesgeschehnissen verbinden, um im richtigen Augenblick auch das Richtige zu tun.

Z.B. die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist ein Thema, wo wir mit vielen Menschen ins Gespräch kommen können. Da können wir unseren Standpunkt vertreten und erklären, da kann man über die Wende in Bonn und was sie den Menschen bringt und was das für die BRD bedeutet, reden. Man sollte sich aber auch mal dazu aufrufen, mit anderen zu sprechen und nicht nur im gleichen Kreis das große Wort zu führen. Lernen kann man nur, wenn man mit anderen Meinungen konfrontiert wird und dann seine Meinung vertreten muß.

Gegen die Gefahr eines neuen Faschismus zu kämpfen, heißt auch gegen die Monopole der Banken und der Industrie anzutreten. Sie waren es, die 1933 den Hitlerfaschismus an die Macht brachten. Heute sind es wieder die Flick und Konsorten, die mit Millionenbeträgen diese auch so christlichen und ehrlichen bürgerlichen Parteien schmieren und ihre Politik zu ihrem Nutzen und Vorteil bestimmen wollen. Die Herren der Banken und der Rüstungsindustrie haben ihre guten Verbindungen zu den Schaltebellen der Konservativen und klerikalen Politiker in Bonn weiter ausgebaut. In Kohl, Zimmermann, Lambsdorff, Wörner haben sie skrupellose Spießgesellen gefunden.

Ich bin sicher, daß diese konservativen, reaktionären, rechtsaußen stehenden Kreise, die sich mit dem Mantel der frommelnden Einfalt tarnen, z.Z. die politisch und ideologische Hauptkraft der Rechtsentwicklung, der verstärkten Neonazi-Aktivitäten, der Ausländer-

feindlichkeit sind. Sie wollen die Arbeiter und ihre Organisationen, die um berechtigte Lebensinteressen, gegen Sozialabbau, gegen Arbeitslosigkeit, gegen Bevormundung und staatliche Überwachung kämpfen, verängstigen und zersplittern, ihnen den Mund verbieten, um sie handlungsunfähig zu machen. Denn was diese Herren in Bonn brauchen, ist Ruhe, damit der Profit ihrer Herren in der Industrie und den Banken nicht geschmälert wird. Sie träumen noch heute von der für sie guten alten Zeit, als die Arbeiterparteien und Gewerkschaften verboten waren und ihre Funktionäre in den Konzentrationslagern schmachteten. So etwas hätten sie heute auch wieder gern.

Vergessen wir nicht, das war damals nur möglich, weil die Arbeiterparteien und -organisationen zersplittert und uneinig waren. Ziehen wir daraus unsere Lehre. Setzen wir unsere ganze Kraft dafür ein, um mit vielen antifaschistischen und demokratischen Kräften Gemeinsamkeiten zu finden — um diesen reaktionären „ewig Gestrigen“, die das Rad der Geschichte gerne zurückdrehen wollen, einen Tritt zu versetzen, von dem sie sich nicht mehr erholen.

Da sollten wir nicht immer das uns Trennende herausstellen, sondern das Gemeinsame. Das, was uns verbindet. Der Kampfeswille gegen den Faschismus in all seinen Erscheinungsformen, weil er zutiefst menschenfeindlich ist.

Diese Wendepolitiker in Bonn sind auf dem besten Wege, noch weiter nach „rechts“ abzuweichen. Das wird von vielen Menschen erkannt, und sie haben Angst vor der Zukunft. Angst ist aber ein schlechter Weggefährte. Angst lähmt den Willen zum Widerstand.

Vor uns als Volksfront steht die Aufgabe, den verhängnisvollen Folgen einer solchen Weiterentwicklung entgegenzutreten. Ich meine, wir sollten gemeinsam, alle die sich dem antifaschistischen Widerstand verpflichtet fühlen, bereit sein auch zu einer gemeinsamen Arbeit. Ich sage eingangs: Es gibt mehr Antifaschisten als Kommunisten. Wenn wir zu einer Zusammenarbeit bereit sind, sind wir stärker als die Reaktion. Wir müssen nur uns auf unsere eigenen Kräfte besinnen und vertrauen. Wir müssen unsere Kräfte richtig einzusetzen lernen.

Lernen wir von den Männern und Frauen, die im Widerstand kämpften. Nur wenn wir bereit sind, gemeinsam zu kämpfen — und da sollte die Volksfront Vorbild sein, nicht reden, sondern handeln.

Zeigen wir uns als Volksfront, zeigen wir Flagge und nicht immer nur in Initiativen und Gruppen als irgendwer unter vielen.

Wir sollten unsere Kräfte zusammennehmen und unsere Forderungen und politischen Meinungen laut und verständlich zum Ausdruck bringen. Das erwarten viele unserer Mitglieder, sie sind auch bereit, mehr zu tun, man muß sie nur richtig ansprechen und mobilisieren.

Ich würde mich freuen, wenn die Mitglieder aus den verschiedenen Parteien und Organisationen auch mit uns gemeinsam aktiv werden. Der Sonderkongreß Ende April sollte mit Leben durch Aktivität aller Mitglieder der Volksfront erfüllt sein.

Machen wir aus der Volksfront eine Kampffront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg!

Harry

Gefreut

Liebe Genossinnen und Genossen! Sehr gefreut hat mich die Stellungnahme zum 7. Parteitag der KPD in zwei Teilen. Der Inhalt dieser Polemik war ausgesprochen gut und nicht so platt, wie die „Rote Fahne“-Polemiken gegen die KPD oder uns; im Gegenteil waren die Argumente brauchbar und nützlich im Umgang mit dem praktischen Revisionismus.

Es erübrigt sich also zu kritisieren, daß der „Rote Morgen“ zu wenig zur KPD schreibt (vor der Polemik fast gar nichts). Nur, man darf nicht meinen, das reicht fürs erste — dem ist nicht so.

Schon wäre es, wenn (nicht in einer Tour) öfters Polemiken zur Politik der Revisionisten auftauchen würden, denn der „Rote Morgen“ ist auch eine Zeitung (und muß es sein), anhand derer man nachvollziehen kann, welchen Bockmist andere

„linke Parteien“ verzapfen. Meine Erfahrungen reichen da alleine nicht immer aus. Alles Gute, Rot Front

A.S. aus Bielefeld

Diskussion

... und noch etwas: einem Genossen der KPD, er ist Betriebsrat, hat der Artikel im „Roten Morgen“ 5 über die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der KPD schwer zu denken gegeben. Denen ihre Politik wird bei mir im Betrieb so honoriert, daß ein bekannter DKPler auf der Gewerkschaftsliste (Mehrheit) auf den letzten Platz, den 68. gestellt wurde. Und der läßt so eine Verarschung auch noch mit sich machen.

Und noch ein allerletztes: Was haltet ihr von einer oder anderthalb Seiten Kurzmeldungen wie im RR für den RM? Dafür eine Seite Bleiwüste weniger? Habt ihr ein Glück, daß das Blatt zu Ende ist.

A.B. aus Leverkusen

Generalsaffäre

Auch bei sogenannten „Grundsatzartikeln“ wie die beiden zur KPD oder wenn ihr was zur „Roten Fahne“ schreibt, habe ich den Eindruck, daß sie ruhig etwas prägnanter und weniger ausschweifend sein könnten.

Nun noch ein paar Sätze zur „Generalsaffäre“. Ihr schreibt im „Roten Morgen“ 6, Seite 2: „Gesiegt haben die Generale, ihr Ehrenwort gilt wieder.“ Dazu habe ich einige Fragen. Unterstellt, ihr habt mit dieser Einschätzung recht, welche Rolle spielt dann die Generalität im Rahmen des BRD-Herrschaftssystems heute (in Zukunft)? Hat sich die Rolle der Generale für das Finanzkapital durch diesen „Sieg“ verändert? Oder besteht der Sieg der Militärs lediglich darin — wie eure Formulierung nahelegt —, daß endlich ihr Ehrenwort wieder gilt? Wenn die Generale gesiegt haben, dann doch wohl nur gegen Wörner und Strauß, jedoch zugunsten und unter Mithilfe Kohls. Das wäre jedoch ein zweifelhafter Sieg, da doch gerade Wörner und Strauß ihre heftigsten politischen Handlanger sind. (Siehe Travemünder Erklärung Wörners, sowie Strauß' immerwährende und rastlose Materialbeschaffung durch Begünstigung der Rüstungsindustrie).

Ich glaube, man sollte sich mit schnellen und apolitischen Urteilen über Entwicklungen der Politik zurückhalten. Darunter fällt meines Erachtens auch eure Einschätzung im „Roten Morgen“ 5 (Leitartikel): „Die Regierung wankt? Ja, durchaus, aber aufgrund von inneren Streitigkeiten“ usw. Wenn man eurer Bestandsaufnahme in diesem Abschnitt auch sicherlich wird zustimmen müssen, so doch noch längst nicht eurer Schlußfolgerung, daß die Regierung wankt, eine „große Kabinettsumbildung“ bevorsteht oder ähnliches. Das Kapital selbst ist zu sehr an stabilen Verhältnissen interessiert, als daß es unnötiges Stühlerücken in seinem geschäftsführenden Ausschuß, der doch fürs Volk die „gewählte Regierung“ darstellen muß, zulassen könnte. Die Mühlen der Reaktion mahlen zwar, aber die Müller machen gegenwärtig zu gute Profite,

als daß sie sich über Streitigkeiten ihrer Gehilfen sonderlich ängstigen müßten. Mit herzlichen Grüßen

R. aus Berlin Moabit

Anmerkung der Redaktion

Der Genosse aus Berlin hat sicher im allgemeinen recht, wenn er kritisiert, daß viele Artikel zu ausschweifend sind. Ich meine aber, daß es gerade bei den erwähnten DKP-Artikeln sich etwas anders verhält, wo es schon darauf ankommt, in der Darstellung auch die Art und Weise der Kritik an revisionistischen Positionen mit klarzumachen, und das eben kostet manch zusätzlichen Satz. Eine Besonderheit, die nicht zuletzt durch die recht lange Zeit, in der keine grundsätzlicheren Artikel dazu erschienen und durch die frühere oft recht platte Form der Polemik, bedingt ist.

Zur Generalsaffäre. Ich denke schon, daß man die Generale zum Sieger dieser ganzen Ereignisse erklären muß. Und zwar eben nicht gegen Wörner oder Strauß, sondern einfach begründet in der Tatsache, daß ihre Stellung aufgewertet wurde. Wenn heute immer mehr die sogenannte „Schneiz-Studie“ wieder in den Vordergrund der gesellschaftspolitischen Wirkung der Bundeswehrgeneralität tritt, so ist die Entwicklung durch solche Marksteine gekennzeichnet. Und in der Tat glaube ich nicht, daß es vor einiger Zeit noch Umstände gab, unter denen das altpreußische Ehrenwort der Offiziere überhaupt eine Besonderheit in der politischen Auseinandersetzung hätte spielen können. In den verschiedenen Affären der Vergangenheit jedenfalls wurde ganz anders argumentiert. Sie haben gesiegt, weil sie auf dem Weg, eine öffentlich sichtbare politische Sonderrolle einzunehmen dadurch vorangekommen sind, mit Hilfe Wörners, gegen den sie auch nie grundsätzlich argumentiert haben.

Schließlich das Wanken der Regierung. Hier muß man in der Tat vorsichtig sein. Und wir haben ja in dem Artikel uns erst mal von jenen Meinungen abgegrenzt, die jede Woche eine Regierungskrise aus Unmut der Bevölkerung voraussagen, wie beispielsweise im „Spiegel“. Oft genug ersetzt diese Art Politik, wie sie ja auch von der SPD gemacht (betrieben) wird, die inhaltliche Auseinandersetzung, die man mangels echter Alternativen scheut. Daß Kohl das relativ „locker“ durchgestanden hat, zeigt, daß die kritische Anmerkung des Berliner Genossen nun wahrlich nicht unbegründet ist. Sicher: Das Kapital will Stabilität. Wenn diese Regierung wankt, dann aufgrund der Auseinandersetzung innerhalb der reaktionären Front, die ernsthaft um solche Fragen wie Tempo und Ausmaß der Wende, um Konzessionen oder nicht an den Widerstand geht usw. Daß diese Regierung noch nicht den gewünschten Grad an Stabilität erreicht hat, ist aus der Intensität solcher Auseinandersetzungen schon ersichtlich. Daß Kohl versucht, eben dies zu schaffen — und eben nicht ohne Erfolg — ebenfalls. Die Frage, die darüber für einige Zeit wohl entscheiden wird, ist nicht zuletzt die Sache mit Lambsdorff und ob es Kohl, auf gut neudeutsch, gelingt, auch diese Sache „auszusitzen“.

hrw

Spendenliste

In der letzten Woche gingen folgende Spenden bei uns ein:

Spenden für die Kampagne für die 35-Stunden-Woche
H. R., Konstanz 50,—
R. C., Lingen 20,—

insgesamt 70,—

Damit sind bisher für diese Kampagne 2350,— DM an Spenden bei uns eingegangen.

Spenden für den „Roten Morgen“
J. M., Krefeld 10,—
M. B., Wilhelmshaven 6,—
R. C., Lingen 20,—
C. M., Saarbrücken 100,—
G. W., Darmstadt 13,—
R. C., Lingen 20,—
W. K., Essen 10,—
H. R., Konstanz 14,65

insgesamt 193,65

Damit sind bisher für den „Roten Morgen“ 708,95 DM Spenden bei uns eingegangen.

Spenden für den „Roten Rebell“
P. H., Hamm 7,—
P. K., München 87,—
J. K., Westberlin 7,—
P. K., Hamburg 7,—
V. D., Köln 17,—
C. u. C. H., Dietzenbach 2,—
W. K., Aalen 10,—
I. T., Westberlin 7,—

insgesamt 151,—

Spenden für die Partei
N. H., Bremen 150,—
Damit sind für die Partei bisher insgesamt 6601,50 DM an Spenden bei uns eingegangen.

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Neu erschienen: „Wehrt Euch!“

Heute Massenarbeitslosigkeit
Wehrt Euch!
Arbeitslosenzeitung der KPD Nr. 1/84
Morgen Masseneind
Arbeitslose: Unterstützt
die 35-Stunden-Woche

Rund 2,5 Millionen registrierte, und 1 Million nicht registrierte Arbeitslose, das ist die Bilanz der Kohl/Genscher-Regierung nach einem Jahr. Noch niemals seit 1950 war die Zahl der Arbeitslosen so hoch. Und sie wird noch größer werden. Wir stehen vor einer technologischen Revolution: Mikroschips, Mikroprozessoren, Industrieroboter. Der neue Golf in Wolfsburg wird zu über 90 Prozent von Robotern gefertigt. Maschinen ersetzen Menschen. Deshalb sind rigorose Arbeitszeitverkürzungen, ist die Einführung der 35-Stunden-Woche auf längere Sicht die einzig mögliche Chance, die Zahl der Arbeitslosen unter die Millionengrenze zu drücken. Kommt sie nicht, so werden wir für die zweite Hälfte dieses Jahrzehnts womöglich mit fünf bis sechs Millionen Arbeitslosen, mit Weimarer wenn nicht gar mit faschistischen Verhältnissen rechnen müssen.

Keine neue Zeitung — neuer Name: „Wehrt euch“, Arbeitslosenzeitung der KPD. Bestellungen an den Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 46 Dortmund 30;

Preise: (zuzüglich Porto und Verpackung)
bis 100 Exemplare 0,15 DM pro Stück
100 - 500 Exemplare 0,12 DM pro Stück
über 500 Exemplare 0,10 DM pro Stück

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement(s) ... ☐ Ich lege Post-/Bankscheck bei
ab Nr. ... über DM ...
Die Zahlung erfolgt: ☐ Ich habe den Betrag von DM ...
an den Verlag überwiesen
☐ jährlich 60 DM
☐ halbjährlich 30 DM ☐ Ich bitte um Vorausrechnung
Name Vorname ...
Straße ...
PLZ Ort ...

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtpostkasse Dortmund, Kto. Nr. 321000290
(Bankleitzahl 44050199) Postcheckkonto Dortmund 79900 461

Achtung! Betrifft: Literatur aus Albanien

Liebe Leser, ab 1. März 1984 wird der Verlag Roter Morgen den Vertrieb von Büchern und Zeitschriften aus der SVR Albanien an die Deutsch-albanische Freundschaftsgesellschaft DAFG abgeben. Leider sind wir aufgrund der Kostensituation zu diesem Schritt gezwungen.

Da die DAFG schon seit vielen Jahren einen sehr guten und bewährten Literaturvertrieb betreibt, sind wir sicher, daß Ihre Bestellungen dort in guten Händen sein werden.

Wenden Sie sich also bitte an
Deutsch-albanische Freundschaftsgesellschaft
Sekretariat
Postfach 7622
2000 Hamburg 20

Arbeiterpolitik in Betrieb und Gewerkschaft

- unterstützt
- dokumentiert
- analysiert
- und kritisiert

ZEITUNG DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30

Mehr Zeit zum Leben, Lachen Lieben

8. März im Zeichen des Kampfes für die 35-Stunden-Woche

Bochum

Veranstaltung des DGB-Kreisfrauenausschusses unter dem Motto: Mehr Zeit zum Leben, Lachen, Lieben — 35 Stunden sind genug: 10. März 1984, 19.00 Uhr, Falkenheim, Akademiestr. 69. Programm: Warum Frauen für die 35-Stunden-Woche sind — Skizze aus dem Arbeiterleben — Gewerkschaftsfrauen berichten — Kultur: Revue: „Die Reise zur 35-Stunden-Woche“ — IG-Metall-Chor/Bochum

Außerdem: Flugblattverteilung am 10. März ab 10.00 Uhr in der Innenstadt

Bremen

DGB-Kreisfrauenausschuß ruft auf zur Demonstration und Veranstaltung unter dem Motto „Arbeitszeit verkürzen, ...“ (s.o.); Termin: 8. März 1984,

In zahlreichen Städten führen die Gewerkschaften auch in diesem Jahr Aktivitäten zum 8. März, dem Internationalen Frauentag durch. Sie stehen überall im Zeichen des Kampfes für die 35-Stunden-Woche bei

17.00 Uhr Marktplatz — Abschlußkundgebung „Schlachthof“. Anschließend im Schlachthof Kulturfest mit Liedern, Reden, Sketchen.

Darmstadt

DGB-Frauen und Darmstädter Frauengruppen machen am 8. März ab 16.00 Uhr in der Innenstadt in Darmstadt Stände zum Internationalen Frauentag. Veranstaltung der DGB-Frauen am Samstag 10.3., 19.30 Uhr, Gewerkschaftshaus Darmstadt; Programm: Redebeiträge, Skizze zu den Themen 35-Stunden-Woche, §218, Rolle der Frau und Kulturprogramm. Ab 22.00 Uhr spielt eine Frauen-Rockband.

Dortmund

Stände der Frauenausschüsse (DGB) in der Stadt (Reinoldikirche) ab 16.00 Uhr am 8. März. NGG-, HBV- und IG-Bau-Steine-Erden-Kolleginnen machen zur gleichen Zeit eine Unterschriftensammlung zur Abschaffung der Sozialversicherungsfreigrenze bei sogenannter geringfügiger Arbeitszeit.

Dortmunder Frauengruppen rufen am 8.3., 17.30 Uhr zu einer Demonstration auf. Motto: Sozialabbau nicht länger auf Kosten der Frau. Am 10.3. gibt es ab 18.00 Uhr eine Frauenfete im Gartensaal des Fritz-Henßler-Hauses.

vollem Lohnausgleich. Im folgenden eine Auswahl von Aktivitäten zum Internationalen Frauentag 1984. Alle Leserinnen und Leser sind zur Teilnahme aufgerufen!

Duisburg

Veranstaltung des DGB-Kreisfrauenausschusses: 10. März 1984, 14.00 Uhr, DGB-Haus, Am Stapeltor, Referat und Kulturprogramm zum Thema „Wir wollen die 35-Stunden-Woche“

Frankfurt

Veranstaltung der DGB-Frauen unter dem Motto „Arbeitszeit verkürzen, Arbeitsplätze ...“ Die DGB-Frauen rufen zu einem internationalen Gewerkschaftsfest am 8. März 1984 um 17.30 Uhr im DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. auf. Programm: Diskussion, Workshops, Kultur.

Hamburg

DGB-Kreisfrauenausschuß ruft auf zur Demonstration: 8. März 1984, 17.00 Uhr, Moorweide/Dammort. Anschließend Veranstaltung „im Takelboden“ im Gewerkschaftshaus, Motto: „Frauen und die 35-Stunden-Woche“

Veranstaltung der KPD: 15. März 1984, 19.30 Uhr, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Thema „Frauen und die 35-Stunden-Woche“

Kiel

Veranstaltung des DGB-Kreisfrauenausschusses unter dem Motto „Arbeitszeit verkürzen, Arbeitsplätze schaffen und Frieden sichern“: Donnerstag 8.3.1984, 19.00 Uhr im Gewerkschaftshaus. Programm: Es spricht Karin Roth, IGM zum oben genannten Thema. Theaterstück von Gewerkschaftsfrauen selbst gespielt: „Was wäre, wenn?“, Alptraum eines Mannes zum Frauentag und musikalische Einlagen.

Stände der Frauengruppen in der Stadt (8. März) Nachmittag. Freitag, 9. März 1984: Kieler Frauengruppen stellen sich vor und machen eine Frauenfete in der Hansastr. (besetztes Haus) ab 20.00 Uhr.

Köln

Das „Kölner Frauenbündnis“ (u. a. unterstützt auch durch den DGB-Kreisfrauenausschuß und

getragen von allen anderen Kölner Frauengruppen) ruft zu einer Demonstration anlässlich des Internationalen Frauentages auf: 8. März 1984, 17.00 Uhr, Domplatz. Anschließend ab ca. 19.00 Uhr Veranstaltung und Fest im Bürgerhaus, Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, Köln

Die DGB-Frauen veranstalten eine Podiumsdiskussion unter dem Motto „Situation der Frauen in verschiedenen Staaten“. Teilnehmerinnen: Frauen aus BRD, Frankreich, Türkei, Sowjetunion, Dritte Welt: Freitag, 9.3.1984, 16.30 Uhr, DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz.

München

DGB-Kreisfrauenausschuß ruft auf zur Demonstration und anschließender Veranstaltung unter dem Motto: „Arbeitszeit verkürzen. ...“. Termin: 17.00 Uhr Gewerkschaftshaus, Schwantaler Str., Beginn der Veranstaltung 19.00 Uhr.

Hinweis: Nach mehrmaligen Vorstößen in vergangenen Jahren ruft der DGB-Kreisfrauenausschuß erstmalig zu einer Demo am 8.3. auf.

Osnabrück

Veranstaltung des DGB-Kreisfrauenausschusses unter dem Motto „Arbeitszeit verkürzen, Arbeitsplätze schaffen und Frieden sichern“. Samstag 10.3.1984, 16.00 Uhr, Haus der Jugend. Programm: Betroffene Kolleginnen erzählen aus der Arbeitswelt. Kulturprogramm: Frauengruppe spielt Lieder, Skizze, Theater.

Samstag, 10.3. ab 20.00 Uhr feiern die Osnabrücker Frauengruppen eine Frauenfete.

Stuttgart

DGB-Kreisfrauenausschuß lädt ein zur Veranstaltung am 10. März 1984, nachmittags im DGB-Haus.

Unternehmer-Argumente gegen die 35-Stunden-Woche auf dem Prüfstand:

Frauen für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

Flexible Arbeitszeit ist das neue Schlagwort der Unternehmer. Ausweitung der Teilzeit-Arbeit, Job-Sharing, kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit (Kapovaz), also Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich — für den Unternehmer profitabel, für uns Frauen oft die Notlösung um Kinder Haushalt und Arbeit vereinbaren zu können. Auch wenn wir als Frauen oft auf Teilzeitarbeit angewiesen sind: **Die Rechnung der Unternehmer darf nicht aufgehen!**

Wir unterstützen den Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, weil Arbeitszeitverkürzung für Mann und Frau unseren Familien nützt, mehr Chancen für qualifizierte Arbeitsplätze für uns Frauen bedeutet.

zessoren in den Bereichen Elektronik, Handel, Versicherungen, Banken setzt eine unglaubliche Rationalisierungswelle ein, die Millionen Arbeitsplätze — zum großen Teil Frauenarbeitsplätze — vernichten wird

- Wir stellen schon jetzt die Hälfte der Arbeitslosen, obwohl nur ein Drittel der Werktätigen in der BRD Frauen sind
- Wir sind keine „Doppelverdiener“ — wir erarbeiten einen Teil des Geldes, das unsere Familien zum Leben brauchen

35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, das heißt für uns:

- In unseren Berufen werden die Arbeitsabläufe immer monotoner. Wir arbeiten an: Textautomaten, Bildschirmgeräten, Computerkassen, Fließbändern, in Nähmaschinen, als Verkäuferinnen und Frisören
- Wir tragen als Frauen die Hauptlast für Haushalt und Kinder
- Laut Untersuchungen in den USA sind berufstätige Frauen mit Kindern — bedingt durch vermehrten Streß — die größte Risikogruppe für Herz- und Kreislaufversagen
- Durch Einführung von Mikroprozessoren in den Bereichen Elektronik, Handel, Versicherungen, Banken setzt eine unglaubliche Rationalisierungswelle ein, die Millionen Arbeitsplätze — zum großen Teil Frauenarbeitsplätze — vernichten wird
- mehr Arbeitsplätze und damit weniger Arbeitslose
- mehr Freizeit für uns und unsere Familien
- mehr Gelegenheit auch als Frau am gesellschaftlichen Leben (Gewerkschaft und Politik) teilzunehmen
- mehr Zeit für Entspannung, Erholung und Schlaf
- mehr Chancen zur Erreichung des Rentenalters ohne Frühinvalidität
- mehr Zeit für die Kinder
- 5 Stunden weniger Streß in der Woche

35 stundenwoche bei vollem Lohn
Weniger Arbeitslosigkeit, mehr Sicherheit, mehr Freizeit — eben am besten für uns!

Weitere Informationen zur 35-Stunden-Woche, Informationen über die KPD und ihre Ziele bei: KPD, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Hier kann man die Wochenzeitung der KPD, Roter Morgen, kostenlos kennenlernen und natürlich auch Mitglied der KPD werden.
V.i.S.d.P.: H.-D. Koch, c/o KPD, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103. Eigendruck/Selbstverlag

KPD

Grüße zum 8. März aus Japan

Zum 8. März erreichten den „Roten Morgen“ eine Solidaritätsadresse des Zentralkomitees der Demokratischen Frauenunion Japans, unterschrieben von Shigeko Moreta. In der Solidaritätsadresse heißt es unter anderem:

Liebe Schwestern, wir Frauen grüßen den 74. Internationalen Frauentag mit einem neuen Aufschwung der weltweiten Frauenbewegung. Wir japanischen Frauen sind mit euch in eurem harten Kampf für die Besserstellung der Frau gegen imperialistische Herrschaft und imperialistischen Krieg solidarisch.

Für die japanischen Frauen ist der antiimperialistische Kampf der Frauen in Latein-Amerika, Asien und Afrika, die Frauenbewegung in den USA und den entwickelten kapitalistischen Ländern Europas gegen Krieg, Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzvernichtung und Diskriminierung der Frau eine große Ermutigung. Diese Kämpfe stehen in einem engen Zusammenhang mit unserem Kampf gegen den Kriegskurs des japanischen Imperialismus, gegen Diskriminierung und Unterdrückung ...

Um noch stärker aufrüsten zu können, kürzt die japanische Regierung die Ausgaben für Gesundheit, Erziehung und soziale Zwecke, bürdet den Werktätigen hohe Steuern auf und betreibt Entlassungen und Rationalisierungen in allen Industriezweigen. Was die Frauen betrifft, so will die japanische Regierung die Abtreibung verbieten. Die Frauen sollen Gebärmaschinen für die Produktion von Soldaten und Arbeitskräften werden. Unter dem verlogenen Motto der „Gleichheit der Geschlechter“ sollen außerdem Arbeitsschutzvorschriften für Frauen abgeschafft werden, um die Frauen noch mehr ausbeuten zu können.

Liebe Schwestern, wir japanischen Frauen feiern den Internationalen Frauentag in diesem Jahr mit Aktivitäten gegen die neokolonialistische Politik und den Kriegskurs des japanischen Imperialismus und gegen die weltweite Diskriminierung und Unterdrückung der Frauen.

Wenn wir den Internationalen Frauentag feiern und gegen die Diskriminierung der Frauen in Japan kämpfen, fühlen wir uns solidarisch mit eurem Kampf gegen Imperialismus und Krieg und mit eurer Bewegung für die Emanzipation der Frau.

Ihr wollt ein Flugblatt oder eine Seite in eurer Betriebszeitung zum Thema Frauen und 35-Stunden-Woche herausbringen? Kein Problem! Einfach den nebenstehenden Text ausschneiden und ihr habt eine fertige Druckvorlage!
(Wer keine Möglichkeit zum Selberdrucken hat, kann auch die fertigen Flugblätter bei uns bestellen.)

Bonn will noch mehr Geld

Volkskorrespondenz aus Niedersachsen

Bisher war ich als Arbeitsloser immer der Meinung, daß die Arbeitslosenjahre in der Rentenversicherung als Beitragszeiten rechnen. Jetzt erfahre ich vom Arbeitsamt, daß die Arbeitslosenjahre lediglich nur als Ausfallzeiten zählen. Wie die Rente da für einen Fünfzigjährigen, der keine Arbeit mehr bekommen wird, später aussieht, braucht niemandem auszurechnen. Und Bonn will noch mehr Geld. In einer Denkschrift „Soziale Sicherung im Umbruch“ verlangen die Arbeitgeber ein „umfassendes und langfristig angelegtes Ordnungskonzept“.

Grundsätzlich heißt es da, „der Inhalt des sozialen Sicherungssystems“ ist angesichts der gegebenen wirtschaftlichen und sozialen und demographischen Voraussetzungen der kommenden Jahrzehnte „neu zu bestimmen“. Gemessen an den wirtschaftlichen Möglichkeiten und den sozialen Erfordernissen muß das Sozialleistungsniveau heute in vielen Bereichen als „überhöht“ angesehen werden. Insbesondere gehe es dabei um die Frage der wirklichen sozialen Bedürftigkeit von Leistungsempfängern. Und es werden gleich weitere Einsparungen gefordert. Im einzelnen:

Renten. Eine weitere Senkung der gesetzlichen Altersgrenze wird abgelehnt. Ausdrücklich wird betont, rechtliche Änderungen bei den gesetzlichen Rentenversicherungen „können nicht ohne Einfluß auf die Altersversorgung im öffentlichen Dienst bleiben“.

Gesundheit: Die Arbeitgeber vertreten die Meinung, bei der gesetzlichen Krankenversicherung sei eine Kostenminderung auf Dauer nicht zu erreichen, „solange jedes geringfügige Gesundheitsrisiko durch die Solidargemeinschaft“ der Versicherung abgedeckt werde. Dem einzelnen sei es „mehr und mehr“ zuzumuten, für leichte Gesundheitsstörungen selbst einzutreten. Die Arbeitgeber fordern deshalb, die bereits

eingeleiteten Maßnahmen zur Eigenbeteiligung der Versicherten konsequent fortzuführen.

Behinderte: Das 1974 neu geregelte Behindertenrecht habe „die Grenzen des sozialpolitisch Notwendigen und Sinnvollen überschritten“. Vor allem „die Ausweitung des Rehabilitationsbegriffs und des begünstigten Personenkreises“ unterlaufe den vom Gesetzgeber beabsichtigten Schutz der wirklichen Bedürftigkeit. Es wird daher die Novellierung des Schwerbehindertengesetzes verlangt, das den wirklich Schutzbedürftigen gerechter werde. Es sei zu verhindern, daß die berufliche Eingliederung Behinderter „durch einen übersteigerten Sozialschutz eher gefährdet als gefördert wird“. Das heißt konkret: Abbau des Kündigungsschutzes und des Sonderurlaubs für Schwerbehinderte. Eine Neukonzeption des Schwerbehindertensbegriffs sei notwendig, die auch die „Wettbewerbsfähigkeit“ der Behinderten gegenüber den Nichtbehinderten auf dem Arbeitsmarkt wiederherstellt.

Kindergeld. Es ist erneut „zumindest erörterungsbedürftig“, ob das Kindergeld für das erste Kind „unter familienpolitischen Gesichtspunkten eine notwendige Maßnahme ist“.

Sozialhilfe: Bei der Ausgestaltung und künftigen Anpassung der Sozialhilfeleistungen sei zu berücksichtigen, „daß der Anreiz zur Arbeit nicht genommen wird“. Dabei sei auf ein „angemessenes Verhältnis zu den mit Beiträgen zur Sozialversicherung erworbenen Leistungen zu achten“.

Was also alles und wieder auf die Arbeiter zukommt, und mit welcher Heuchelei ist abzusehen: Abbau, Abbau und nochmals Abbau — aller so schwer erkämpften Rechte. Die Reichen bleiben ungeschoren, ihre Geldsäcke füllen sich mehr und mehr.

Es gibt für uns deshalb keinen anderen Weg als den Kampf um die Arbeitermacht. Heute, morgen und immer wieder.

E. P.

Volkskorrespondenz aus Niedersachsen

Es stand in „Die Welt“

„Es war ein Gefühl wie Weihnachten für die Mitarbeiter von Opel: Geradezu festliche Beträge fanden sich auf den Abrechnungen für Januar. Des Rätsels Lösung: Entsprechend einer Vereinbarung zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung sind mit dem Januar-Entgelt auch schon das Urlaubs- und das Weihnachtsgeld für 1984 — in Worten neunzehnhundertvierundachtzig — ausgezahlt worden.“

In seltener Einigkeit haben hier Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine kleine Lücke im Bezahlungsgesetz für den Haushalt 1984 genutzt, das eine stärkere Heranziehung der Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld zur Entrichtung von Sozialabgaben vorsieht. Das Arbeitsministerium findet dieses

Verhalten zwar „nichtsolidarisch“, aber rechtswidrig ist es nicht.“

Solche und ähnliche Nachrichten waren in den letzten Wochen in vielen Zeitungen zu finden. Natürlich haben die Unternehmer plötzlich nicht ihr Herz für die Arbeitnehmer entdeckt. Ihr Trick: Hier schlagen sie gleich drei Fliegen mit einer Klappe: Erstens bringt die jetzige Auszahlung ihnen erhebliche finanzielle Vorteile, zweitens wird so in der Öffentlichkeit die „gute sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit“ demonstriert, und drittens sollen das Gefühl „wie Weihnachten“ und die „geradezu festlichen Beträge“ die Beschäftigten vom Kampf für die 35-Stunden-Woche abhalten.

U. K.

Volkskorrespondenz aus Niedersachsen

Im Glashaus

Im SPD-Organ „Vorwärts“ las ich, daß die Kommission „Alterssicherung“, die vor zwei Jahren noch von der Schmidt-Genscher-Regierung eingesetzt worden war, nun ihre Arbeit beendet hat. Wieder einmal läßt sich objektiv belegen, daß die Versorgungssysteme hierzulande immer noch das Recht der herrschenden Klasse auf Aneignung und Ausbeutung widerspiegeln.

Wörtlich heißt es dazu: „Eine durchschnittliche Arbeiterwitwe bezog 1983 monatlich knapp 660 Mark Rente. Nachdem ihr Mann ein Arbeitsleben lang Beitragsmarken geklebt und sie vielleicht sechs Kinder großgezogen hat, die heute Rentenbeiträge und Steuern bezahlen.“

Hieraus aber speisen sich die Ruhegehälter ehemaliger Minister, die darauf schon einen Anspruch haben, wenn sie nur zwei Jahre der Bundesregierung angehört haben. Ein Abgeordneter hat bereits nach sechzehn Jahren einen Anspruch auf 75 Prozent seiner ehemaligen Diäten als Ruhegeld. Schon mit 55 Jahren ist er pensionsberechtigt und kann etwa über das Neunfache an Pension verfügen, was die oben genannte Arbeiterwitwe an Rente bezieht.

Ein wendiger Minister wie Hans-Dietrich Genscher, der seit 1969 in der Regierung ist, hat heute schon Pensionsansprüche von über 10000,— Mark. Es

Weil du arm bist

Die Liste des sozialen Abbaus 1984 wird immer länger. In Regierungskreisen wird derzeit eine Erhöhung der Selbstbeteiligung der Versicherten auf 20 Prozent für jedes verordnete Arzneimittel diskutiert.

In erster Linie trifft eine solche Maßnahme wieder die alten Menschen, die Behinderten und die kinderreichen Familien. Auf Kosten der Gesundheit schreitet die Umverteilung von unten nach oben voran, weil du arm bist, mußt du früher sterben.

lohnt sich eben, immer dabei zu sein.“

Fürwahr, es lohnt sich eben,

immer dabei zu sein. Doch nicht nur für Genscher. Wie hoch die Pensionsansprüche z. B. für Brandt und Schmidt als ehemalige Bundeskanzler oder Ehmke und Wehner sind, wird peinlichst verschwiegen. Wer selbst im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

R. T.

Volkskorrespondenz aus Hamburg

Betriebsräte werden bespitzt

Die fristlose Entlassung des Betriebsrates Zimball bei P + S, Peine, zeigt wieder einmal mehr, wie vorsichtig und wachsam fortschrittliche Betriebsräte in ihrer Arbeit vorgehen müssen. Nicht nur in Zeiten, wo Kampfaktionen anstehen, sondern insbesondere auch jetzt bei den Vorbereitungen zur Betriebsratswahl. Betriebsräte, die Rückgrat genug haben, die Arbeiterrechte und -interessen standhaft zu vertreten, werden von Unternehmern beobachtet, beschnüffelt, in die Falle gelockt, hingegen die pflaumenweichen sind ihnen annehmbar.

Ich erinnere mich an die fünfziger und sechziger Jahre: Da packten Spitzel der Hamburger Fischereihafen-Bosse einem konsequenten und beliebten Betriebsrat heimlich Fischfilets in die Aktentasche. Ahnungslos ging er nach Feierabend auf den Betriebsausgang zu, wurde als einziger kontrolliert und schon war die „fristlose Entlassung wegen Diebstahls“ perfekt. Oder bei der Hamburger Firma Jansen-Schütt-Stahlbau: Da hatte der Betriebsratsvorsitzende zwei Tage vor Weihnachten mit Kollegen im Betrieb Bier getrunken, die Geschäftsleitung wollte ihn fristlos entlassen. Die Erpressung: Nur unter der Bedingung, sich nicht mehr zur Betriebsratswahl

aufstellen zu lassen und das schriftlich zu bestätigen, durfte er bleiben. Natürlich ist es nicht erlaubt, im Betrieb während der Arbeitszeit Bier zu trinken, wäre der BR jedoch unternehmerhörig gewesen, hätte man darüber hinweggesehen.

Am meisten hatten es die Bosse immer dann auf Betriebsräte abgesehen, wenn Aktionen — wie jetzt der Kampf um die 35-Stunden-Woche — vor der Tür standen oder in Streiksituationen. War ein Streik im Betrieb oder in der Branche, gab es unter den Betriebsräten die Parole: Nach Möglichkeit im Betriebsratszimmer bleiben, immer Zeugen mitnehmen, Vorsicht auf Schritt und Tritt. Telefonate mit den Gewerkschaften möglichst von einer Telefonzelle aus führen.

Das Beispiel bei P + S, wie die Bosse vorgehen, um mutige Betriebsräte auszuschalten, sollte alle Betriebsräte hellhörig und wachsam machen: Jede Maßnahme für die Erreichung der 35-Stunden-Woche ist den Unternehmern ein Dorn im Auge und wird besonders bespitzt. Die Bonner Wende-Politik wird in der Perspektive ein verschärftes Vorgehen gegen Betriebsräte und Gewerkschaften zur Folge haben.

W. Sch., Hamburg

Eingesandt hat uns ein Leser aus Hannover den nebenstehenden Artikel — Kommentar überflüssig

22. FEBRUAR 1984

NORDDEUTSCHLAND

NEUE PRESSE · SEITE 27

Den Arbeitsplatz gab es nur gegen ein Darlehen

Mann half Firma mit 30000 Mark — Vertrag sittenwidrig

VON DIRK LEHNHOFF
WILHELMSHAVEN/SANDE. Monatelang war ein 24-jähriger Mann aus der Gemeinde Sande (Kreis Friesland) arbeitslos. Als er im November 1983 nach langer Suche eine Stelle angeboten bekam, mußte er sie teuer bezahlen. Der Arbeitgeber, ein Holz- und Farbenhandel in Wilhelmshaven, machte ein von dem neuen Angestellten gewährtes Darlehen zum Bestandteil des Arbeitsvertrages.

„Herr Meyer (Name von der Redaktion geändert) gewährt der GmbH ein Darlehen in Höhe von DM 30 000“, heißt es in dem Vertrag. Weiter wurde vereinbart, daß das Darlehen mit zehn Prozent pro Jahr

verzinst und die Zinsen monatlich fällig werden.

Höhepunkt des Vertrages: „Das Darlehen kann von Herrn Meyer nur dann gekündigt werden, wenn das Arbeitsverhältnis aufgelöst wird. Die Kündigungsfrist beträgt nach Beendigung des Arbeitsvertrages sechs Monate zum Monatsende.“

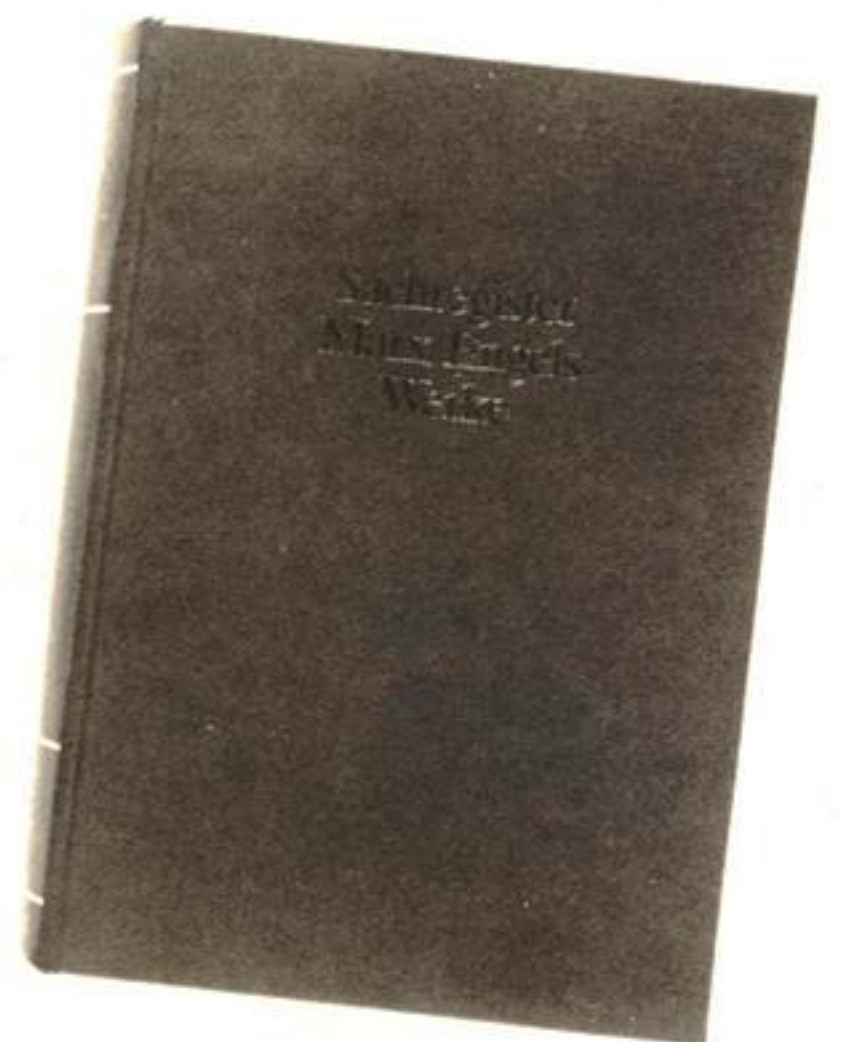
„Dieser letzte Passus könnte jetzt in Kraft treten. Denn der 24-jährige Darlehensgeber hatte nach Unterzeichnung seines Vertrages Bedenken bekommen und beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) in Wilhelmshaven nachgefragt. Der meinte, ein solcher Vertrag sei sittenwidrig und schaltete den SPD-

Landtagsabgeordneten Bernd Theilen ein.

Theilen gestern zur NEUEN PRESSE: „Dieser Vertrag ist eine schamlose Ausnutzung der Notlage von Arbeitslosen.“

Als der DGB jedoch Klage wegen Sittenwidrigkeit des Vertrages einreichte, kündigte der Wilhelmshavener Holz- und Farbenhandel seinem Darlehensgeber. Der 24-jährige muß jetzt sehen, daß er sein Geld zurückbekommt. Denn um überhaupt einen Arbeitsplatz zu kriegen, hatte er seine Mutter um Hilfe gebeten, die eine 30 000-Mark-Hypothek auf ihr Haus aufgenommen hatte und diese mit 300 Mark monatlich abtrug.

Neu erschienen! Sachregister Marx / Engels - Werke



Was es noch nicht gab — jetzt ist es da: Das Register zu MEW. Für jeden Besitzer der MEW-Ausgabe, aber auch für jeden, der sich einen Überblick über das Werk von Marx und Engels verschaffen will, ein unentbehrliches Hilfsmittel.

918 Seiten, 3410 Stichwörter

Erschienen in der Reihe „Studien zur Dialektik“, herausgegeben von Hans Jörg Sandkühler im Pahl-Rugenstein Verlag.

Zu bestellen über den Verlag Roter Morgen, Postfach 300 526 in 46 Dortmund 30.

PREIS: 38,— DM

Frankreich: Straßenblockaden, Massenaufmärsche, Streiks

Regierung im Kreuzfeuer

Rechte organisieren Propagandakampagne

„Unfähig“ — dieser Slogan geistert durch die Pariser Presse. Und nicht nur durch sie. Gemeint ist die Regierung. Der alte Vorwurf der französischen Rechten, jede Spielart von linken Parteien sei vor allem eins, nämlich unfähig zu regieren, wird in diesen Tagen in einer massiven Propagandakampagne wiederbelebt. Daß dabei ein Mann wie Chirac von Neuwahlen spricht, erstaunt niemanden, der seine Taktik für die nächste Wahl genauer verfolgt hat. Wie kam es zu dieser ebenso verfahrenen wie komplizierten Lage, welche Kräfte sind dabei wirksam?

Seit drei Jahren stellt nun bald die Koalition aus PSF und PCF die Regierung. Hatte sie im ersten Jahr ihrer Tätigkeit, bis zum Frühjahr '82 mit ihren Maßnahmen noch als Vorbild für die gesamte reformistische Linke Westeuropas gedient, so ist seit '82 ein deutlicher Kurswechsel zu sehen. Noch Anfang '82 wurde der Unterschied zwischen der damaligen SPD-Politik in der BRD und der Politik Mitterrands in einer politischen Kampagne der linken Sozialdemokratie als entscheidender Unterschied zwischen bürgerlicher Sparpolitik und sozialer Beschäftigungspolitik dargestellt. Dann kam, unter dem immer massiveren Druck der kapitalistischen Krise, die deutliche, klassenmäßige Entscheidung, und auch als Wirkung einer sehr mächtigen Kampagne des Großkapitals die Kursänderung. Heute ist dieser einst festgestellte Unterschied zwischen sozialdemokratischer Politik in der BRD und Frankreich nicht mehr sichtbar. Die Losung von der „Modernisierung der Volkswirtschaft“, der sich Präsident Mitterrand verschrieb, bedeutete Massenentlassungen im Stahl, Bergbau und auf den Werften, gewaltige Rationalisierungen in der Automobilindustrie. Zu leiden hatten unter diesen Maßnahmen vor allem die Arbeiter, nicht zuletzt auch die vielen ausländischen Arbeiter vor allem aus Nordafrika, und

die wachsende Zahl arbeitsloser Schulabgänger. Sicher: Dabei gab es Widerstand gegen eine solche Politik aus den Reihen der Regierungsparteien und der von ihnen geführten Gewerkschaften. So wurde manche „soziale Abfederung“ erreicht, aber die Hauptsache blieb massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen. Dies ist ein wesentlicher Faktor der heutigen Lage, denn er führte dazu, daß nicht nur die Regierung zunehmend unbeliebter bei ihrer eigenen Wählerschaft wurde, immer weniger Vertrauen in diese Parteien da war, er führte auch, wie am Beispiel Talbot zu sehen, zu einer massiven Spaltung in der Arbeiterschaft, zu wachsendem Einfluß rechter, rassistischer Propaganda. Gegen die, wie am Beispiel der Kommunalwahlen zu sehen war, diese Regierung nichts unternahm.

Diese Art der Modernisierung rief aber auch noch eine Reihe anderer gesellschaftlicher Widersprüche hervor, etwa insgesamt bei den Kleinunternehmern, von denen aufgrund ihrer besonders angespannten Lage nun die Spediteure die Aktivistenrolle übernommen haben, aber ähnliche, auch militante Aktionen gab es ja bereits auch von Seite der Bauern. Die technokratische Reform des Schulwesens rief darüber hinaus noch die direkte Ablehnung sowohl fortschrittlicher Kräfte als auch verschie-

dener reaktionärer Strömungen hervor.

Nun sind innerhalb weniger Tage verschiedene Ereignisse sozusagen zusammengefallen. Die Massendemonstration gegen die Schulreform, deren stärkste Strömung die zur Verteidigung der katholischen Privatschulen war, mit den Streiks der Kumpel und eben, besonders spektakulär, den Aktionen der Spediteure.

Diese sind vor allem mit zwei Forderungen angetreten: Zum einen gegen Zöllnerstreiks, zum zweiten gegen die Mineralölsteuer. Und in der Tat ist der Benzinpreis in Frankreich geradezu unerschämte hoch. Die Forderung aber lautet nun nicht etwa Senkung des Benzin- (bzw. Diesel-)Preises, sondern eine Subvention für die Spediteure. Wie auch im ersten Fall: Nicht etwa vor allem Forderungen gegen die Bürokratie werden gestellt, sondern — wie die bundesdeutschen inzwischen auch — ein Streikverbot für Zöllner. Es handelt sich also um — bei aller nötigen Differenzierung — Forderungen, die ausschließlich im Sinne des Kapitals, der Eigentümer sind. Das Dilemma, in dem die Regierung Mitterrand dadurch steckt, ist ein vielfältiges. Massiver Einsatz von Polizei oder gar Armee (wie es beispielsweise von der SPD empfohlen wurde) — das würde die Gefahr von noch größeren Massenprotesten hervorrufen. Eine Mobilisierung der Arbeiterschaft gegen die Offensive des Kleinunternehmertums wäre nur auf der Basis dessen möglich, daß diese Regierung wirklich einen Rückhalt unter den Arbeitern hätte, der aber stark abgenommen hat. Einen wirklichen Rückhalt im Großkapital hat aber diese Regierung

auch nicht. Das macht ihre Schwäche aus, die durch die wachsende Konkurrenz beider Regierungsparteien weiter verstärkt wird. Denn natürlich ist gerade der Verkehrsminister Fiterman (PCF) im Zentrum der Angriffe.

Solchermaßen zerrieben zu werden zwischen den Fronten verschiedener sozialer Klassen und deren Interessen — das war schon das Schicksal manch einer reformistischen Regierung und auch mancher typisch sozialdemokratischen Regierung, das könnte auch dieser Regierung blühen. Die Kräfte, die sie stützten, aus der Arbeiterschaft im wesentlichen, sind weniger geworden. Die Kräfte, die sie offen bekämpften, aus dem Kleinbürgertum klassischen Stils vor allem (dessen Anteil an der Bevölkerung in Frankreich nach wie vor wesentlich höher ist als etwa in der BRD) sind mehr geworden. Und die herrschende Klasse, das Großkapital, sieht natürlich, trotz aller Anbiederung von Seiten der Regierung, obwohl sie wahrlich keine schlechten Dienste geleistet hat (von der Modernisierung der Wirtschaft über die Aufrüstung bis hin zur aggressiven militärischen Verteidigung der Interessen des Großkapitals in abhängigen Ländern) keinen Grund, diese Regierung gegen die Alternative einer erneuten Regierung des Rechtsblocks zu stützen. So könnte es denn unter Umständen sogar sein, daß die Bestrebungen der Rechten, eine Kampagne für Neuwahlen zu organisieren erfolgreich werden. Dem könnte gerade in dieser Lage nur begegnet werden mit einer politischen Offensive, mit einer klaren Politik zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse.

Während in Bonner Parteien zunehmend wieder von „Demokratie“ gesprochen wird:

Erneut Terrorurteile in der Türkei

Parallelen zum Kölner Prozeß

Nach mehrjähriger Dauer ging in Istanbul, vor dem sogenannten ersten Militärgerichtshof, in der vorletzten Woche der Prozeß gegen eine Gruppe von Mitgliedern von „Dev Sol“ zu Ende. Das Ergebnis sind dermaßen eindeutige Terrorurteile, daß es — bei einem bißchen Anstand — allen sogenannten Demokratieschwätzern flau werden müßte.

Von den 61 damaligen Angeklagten wurden nun sieben zum Tode verurteilt. Die Gründe für diese Urteile sind ebenso hanebüchen wie eindeutig: Für ein Todesurteil reicht Mitgliedschaft bei der Dev Sol ebenso aus wie das Anbringen einer Bombenattrappe, der Versuch, die Verfassung zu ändern wie auch Körperverletzung und so weiter und so fort. Kurz: Es reicht, profilierter Gegner der Militärdiktatur zu sein, um zum Tode verurteilt zu werden. Und dies etwa nicht 1980 oder 81, kurz nach Evrens Militärputsch, sondern 1984, nach den angeblich freien Wahlen, auf dem Weg einer so vielbeschworenen, in Wirklichkeit aber nur kosmetischen Demokratisierung. Für ähnliche „Delikte“ gab es Gefängnisstrafen bis zu 20 Jahren (zweimal), bis zu zehn Jahren (sieben Mal) und zwischen drei und fünf Jahren (32 mal). Wer schon einmal mitbekommen hat, wie es in den

Gefängnissen der Militärs aussieht und wer weiß, wie sehr die Verfolgung gerade solcher Menschen wie von Dev Sol blüht, der wird auch eine Ahnung haben können davon, wie nahe solche Urteile ebenfalls an ein Todesurteil herankommen.

Wenn die Bonner Regierungsparteien und, wie kurz nach dem Putsch auch schon Sozialdemokraten und liberale Journalisten von einer angeblichen Demokratisierung der Türkei reden, so muß man sagen, daß sie dies wider besseres Wissen tun. Aber es ist eben im Sinne der NATO-Politik, dieses Regime in der Türkei wieder „salonfähig“ — wenn nicht zu machen, so doch zu reden. Daß es kritische Maßnahmen gegen Evren und Co. gegeben hatte, war schon zu Beginn nur dem Druck der Straße zu verdanken, zunächst war ja deutlich gelobhudelt worden.

Und für die Bonner Regie-

rung geht es immer auch noch um ihre Beteiligung an der Unterdrückung der Opposition in der Türkei — und in der BRD. Mit dem Geschwafel von Demokratie usw. soll ja nicht nur der Abschiebeprozess ein Anschein von Menschlichkeit gegeben werden, sondern es sollen auch solche Vorgehensweisen gerechtfertigt werden wie der Kölner Prozeß gegen „Dev Sol“ wegen der damaligen Konsultationsaktion. Gerade der Istanbul-Prozeß hat ja in aller

Deutlichkeit gezeigt, daß jedes Paktieren von Köln (Bonn) nach Istanbul einem Todesurteil sehr nahekommt. Neben dem Kampf, der Solidarität für den Kampf gegen dieses Regime in der Türkei muß also auch hier erneut die Forderung erhoben werden, auf keinen Fall eine Auslieferung an die Türkei zuzulassen. Die einzig demokratische Vorgehensweise wäre eine Niederschlagung des Kölner Prozesses.

Mexico: „Nationale Front gegen die nordamerikanische Intervention in Zentralamerika und der Karibik“ gegründet

Stoppt die Intervention!

Unter dieser Schlagzeile wurde der Aufruf dieser neu gegründeten Front in Mexico veröffentlicht. Der „Front“ gehören über 100 verschiedene Organisationen an. Als Beispiel für eine rege Solidarität im gesamten Raum geben wir den Text des Aufrufs im folgenden wieder.

Die verabscheuungswürdige Invasion und Besetzung Grenadas ist ein Alarmzeichen für alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte Amerikas und ein klarer Beweis für die Kriegspolitik der US-Regierung, die sich erneut das Recht nahm, militärisch in das Leben unserer Völker einzugreifen.

Eine direkte und massive Invasion in Nicaragua und El

Salvador wird von den Armeen der USA und ihrer Verbündeten beschleunigt vorbereitet. Sie warten nur noch auf eine passende politische Konjunktur, um ihren Angriff auf unsere Brudervölker durchzuführen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat der nordamerikanische Imperialismus seine Truppen in Honduras, im Golf von Fonseca, Panama, Guantanamo, Puerto Rico und darüber

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

DORTMUND:

Veranstaltung der KPD Dortmund:

„35 Stunden sind genug! Machen wir der Wende ein Ende“

Beiträge „Warum brauchen wir die 35 Stunden?“, „Streik und Aussperrung — welche Taktik siegt?“, „Rationalisierung, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit — wir brauchen Sozialismus“. (Es spricht Horst-Dieter Koch, Vorsitzender der KPD), „Ausländische Arbeiter und die 35 Stunden“ (in türkischer Sprache), „Frauen und die 35 Stunden“, Kabarett, Liederprogramm, Büchertische, Tombola
Zeit: Freitag, 9. März, 19.30 Uhr
Ort: Haus Göbbeln, Schützenstraße/Ecke Feldhernstraße

BIELEFELD

Samstag, 10. März, 15 Uhr

Diskussionsveranstaltung zum Thema „Ausländerfeindlichkeit“, Restaurant Bogazici, Münzstraße 6, 1. Etage.

HAMBURG

Donnerstag, 15. März, 19.30 Uhr

Veranstaltung der KPD zum Thema „Frauen und die 35-Stunden-Woche“, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstraße 58, 2 Hamubrg 6

Einladung

zur Frauenkonferenz der KPD am 7./8. April 1984

Liebe Genossinnen,

folgendes wollen wir auf unserer Konferenz diskutieren:

1. Zusammenfassung der bisherigen Ansätze von Frauenarbeit in unserer Partei
 2. Wie stellen wir uns die weitere Arbeit vor? (Probleme der Anleitung und konkreteren Frauenpolitik der Partei)
 - 3.1 Verabschiedung einer Frauenresolution
- Zu den Punkten 1. und 2. halten wir eine Unterteilung in
- a) Betriebs- und Gewerkschaftsfrauenarbeit
 - b) Mitarbeit in betrieblich orientierten Frauengruppen (z. B. Hoesch / HDW)
 - c) Mitarbeit in autonomen Frauengruppen
 - d) Hausfrauenarbeit

für notwendig. Hier wollen wir die Erfahrungen, anstehende Aufgaben und Probleme während der Konferenz vor allem in Arbeitsgruppen diskutieren.

Als weitere Diskussionsthemen (im Plenum) sind geplant: Probleme der Frauen in der KPD, Pro und Kontra Teilzeitarbeit.

Wir laden ein: Genossinnen, die bereits aktiv Frauenarbeit in einem der o.g. Bereiche (a-d) machen.

Anmeldungen möglichst umgehend, spätestens aber bis zum 30. 3. 1984 (damit wir euch noch rechtzeitig Arbeitsunterlagen zuschicken können, Tagesordnung etc.)

Termin: Anreise 6. 4. abends oder 7. 4. morgens, Ende der Konferenz 7. 4., 15.00 Uhr.

P.S.: Ihr müßt mit einem Unkostenbeitrag zwischen 25,— und 40,— DM rechnen.

Ich möchte an einer Frauenkonferenz der KPD teilnehmen

Name Vorname

Anschrift

Beruf Unterschrift

Bitte einsenden an: KPD, Wellingshofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

hinaus seine Flotte vor den Küsten Nicaraguas und El Salvadors — bereit für den Angriff.

Angesichts dieser Ereignisse, die auch eine Bedrohung der Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Souveränität Mexicos und aller Völker Amerikas bedeuten, ist es dringend erforderlich, daß wir, Arbeiter,

Bauern, Bewohner der Elendsviertel, Studenten, Lehrer und Angehörige anderer Schichten der mexikanischen Bevölkerung uns in der „Nationalen Front gegen die nordamerikanische Intervention in Zentralamerika und der Karibik“ zusammenschließen, die sich am 22. Januar 1984 im Kino Versailles in Mexico-City gründen wird.

„Sauber, sauber Frau Henry“

Auf seiner Demonstration gegen die 35-Stunden-Woche in Düsseldorf hatte der „Bund Junger Unternehmer“ auch eine echte Betriebsratsvorsitzende als Rednerin gefunden. Irene Henry verkündete dort unter anderem: „Sie werden mich fragen, warum ich hier spreche. Die Antwort ist einfach. Als Betriebsrätin muß ich die Interessen meiner Kolleginnen und Kollegen vertreten. Weniger Arbeitsplätze sind nicht das Interesse meiner Kollegen. Die 35-Stunden-Woche gefährdet die Arbeitsplätze, anstatt sie zu sichern.“ Unternehmerblätter wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ waren begeistert. Endlich einmal eine Betriebsrätin, die weiß, was die Arbeiter wirklich wollen!

Otto Köhler erkundigte sich für die Zeitung „metall“ etwas genauer nach diesem bemerk-

werten Exemplar von Arbeitnehmervertreterin. Irene Henry ist Betriebsratsvorsitzen-



Erschreckend

Es ist erschreckend, was man an Ausländerfeindlichkeit alles erlebt: Ich wollte im Kaufhaus eine Kopie anfertigen. Am Kopiergerät stand ein türkischer Kollege, der nicht mit dem Kopiergerät zurecht kam. Die Verkäuferin, die auch für das Kopiergerät zuständig ist, war nicht bereit, dem Türken zu helfen. Sie stand grinsend hinter einem Pfeiler und sah zu, wie der Türke hilflos am Kopiergerät herumgesehen hatte. Ich sprach ihn auf das Verhalten der Verkäuferin an. Als er hörte, um was es ging, machte er sich feige und eilig davon. Die Verkäuferin ebenfalls, sie ging zu Tisch. — Leider war auch der türkische Kollege inzwischen verschwunden, aber das konnte ich verstehen.

Das ist ein kleines Beispiel, wie sehr die ausländerfeindliche Politik der Zimmermänner auf fruchtbaren Boden fällt. Besonders hier in der Provinz.

Schutz, in anderen Gesichtern konnte ich lesen, daß sie sich darüber freuten, daß die Verkäuferin nicht geholfen hatte.

Ich machte dem türkischen Kollegen eine Kopie und sah, daß es eine Mitteilung vom Arbeitsamt über die Höhe seines Arbeitslosengeldes war. Also arbeitslos war er auch noch.

Es kam einer der Büroleute, der die Gruppe um die Verkäuferin gesehen hatte. Ich sprach ihn auf das Verhalten der Verkäuferin an. Als er hörte, um was es ging, machte er sich feige und eilig davon. Die Verkäuferin ebenfalls, sie ging zu Tisch. — Leider war auch der türkische Kollege inzwischen verschwunden, aber das konnte ich verstehen.

Das ist ein kleines Beispiel, wie sehr die ausländerfeindliche Politik der Zimmermänner auf fruchtbaren Boden fällt. Besonders hier in der Provinz.

H. L., Gifhorn

de bei der Gebäudereinigungs-firma Moritz Fürst in Würzburg. Anzahl der Beschäftigten: etwas mehr als 200. Bei der örtlichen IG Bau Steine Erden ist die Firma berühmt-berüchtigt. Daß Irene Henry sich heute überhaupt Betriebsratsvorsitzende nennen kann, hat sie ausschließlich der Tatsache zu verdanken, daß die Gewerkschaft mit allen Mitteln bis hin zu arbeitsgerichtlichen für die Durchführung von Betriebsratswahlen bei Moritz Fürst kämpfte. Denn anders war die Einrichtung eines Betriebsrats in dieser Firma nicht durchsetzbar.

Auch sonst herrschen in dieser Firma horrend Zustände (wie übrigens in vielen Gebäudereinigungsfirmen). Mehr als 80 Prozent der Frauen arbeiten für 390 DM im Monat — ohne Sozialversicherung. Tarifverträge werden nicht eingehalten, der Unternehmer kommt der gesetzlichen Pflicht zur Lohnfortzahlung für die Frauen, die mehr als 10 Stunden in der Woche arbeiten, nicht nach usw. usf.

Und die Betriebsratsvorsitzende in so einem Betrieb hat nichts besseres zu tun als in Bonn auf einer Unternehmerkundgebung zu reden! In der Tat. Wer wäre wohl berufener als Irene Henry zu verkünden, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wirklich brauchen? Vielleicht Moritz Fürst selbst?

Korrespondenz

Zukunft? = 0

619 Ausbildungsplätze sollen im September dieses Jahres im Volkswagenwerk Wolfsburg besetzt werden. Jetzt, im März liegen bereits über 4300 Bewerbungen vor.

Eine davon ist von Stefan, dem Jungen unserer Nachbarin. Es ist seine 83. Bewerbung seit letztem Sommer. Und ob sie klappt, steht in den Sternen. Denn wenn jetzt schon 4300 Bewerbungen vorliegen, wieviele werden es erst im September sein? Und Stefan hat kein Abitur, noch geht er bis Mitte des Jahres zur Realschule.

83 Bewerbungen. Und alles Absagen oder gar keine Antworten — das kann einen Jungen schon mutlos machen. Und Stefan hat alles versucht, er hat alle Tips, „damit die Bewerbung Erfolg hat“, die ihm in der Schule und anderswo gegeben wurden, beachtet. Dafür haben seine Eltern eine Masse Geld in die „heißen Tips für Berufsanfänger“ gesteckt: Stefan war bei der örtlichen Berufsberatung, beim Arbeitsamt, bei der Handelskammer. Er hat sich Listen von Firmen angefertigt, hat die Stellenanzeigen aus Zeitungen gesammelt, die Adressen aus

Hausfrauen — „Bild“lich

„Hausfrauen gegen 35-Stunden-Woche“ — „dann sitzen die Männer ja nur zu Hause rum“. Mit dieser Schlagzeile erschien im letzten Jahr die Hamburger „Bild“-Zeitung. Im Text war zu lesen, daß eine Umfrage unter 20 Millionen Hausfrauen eine eindeutige Mehrheit gegen die 35-Stunden-Woche ergeben habe.

So mancher Anhänger des Kampfes für die 35-Stunden-Woche mag vielleicht gedacht haben: „Typisch Hausfrauen“. Die Gewerkschaftszeitung „metall“ allerdings traute dem Braten nicht. Sie ging der Sache nach und stellte sehr schnell fest, daß die ganze Story frei erfunden war.

Der Soziologe Werner Habermehl, von dem „Bild“ angeblich die Ergebnisse der Hausfrauen-Umfrage hatte, wußte von einer solchen Umfrage nichts. Er hatte in einem Gespräch mit einem „Bild“-Redakteur stattdessen u. a. gesagt, daß Alkoholranke bei weniger Arbeit vielleicht mehr trinken würden.

Eine andere Zeugin, die „Bild“ für die Meinung der deutschen Hausfrauen anführte, war Anneliese Schmidt, Präsidentin des Deutschen Hausfrauenbundes. Als „metall“ bei ihr nachfragte, sagte sie: „Zur 35-Stunden-Woche habe ich überhaupt keine Meinung geäußert, das ist für uns kein Thema.“

Neben diesen beiden Fachleuten hatte „Bild“ noch sechs Hausfrauen mit ihrer Meinung gegen die 35-Stunden-Woche vorgestellt. Eine angebliche Renate Albsmeier aus Berlin-Zehlendorf („man hat dann zuviel Freizeit und langweilt sich nur“) war von „metall“ nicht aufzufinden. Eine Karin Otto aus Gütersloh existierte zwar,

hatte aber mit „Bild“ nie gesprochen. Eine Adelheid Henk aus Berlin-Wedding existierte zwar und hatte auch mit „Bild“ gesprochen, erkannte sich aber in dem „Bild“-Zitat („das Zusammenleben wäre bestimmt viel schwieriger“) nicht wieder. Die anderen drei Hausfrauen waren nur mit abgekürzten Namen gekennzeichnet. Hier konnte deshalb nichts überprüft werden ...

Namentlich bekannt ist dagegen der Verfasser dieser fantasiereichen Geschichte. Der Mann heißt Gerd Rattmann.

Und die Moral von der Geschicht? Trau der „Bild“-Zeitung niemals nicht. Vor allem dann nicht, wenn es um „Meinungsbildung“ über Arbeiterforderungen geht.

Rückleuchte

Muß das deutsche Volk sterben?

Jetzt ist die Katastrophe da. Und sage keiner, es sei nicht vor ihr gewarnt worden. Unermüdlich haben Menschen wie Franz Josef Strauß immer wieder ihre Stimme erhoben, haben sie den um sich greifenden Sittenverfall vor allem unter den jungen Menschen in diesem unserem Lande beklagt und vor den schrecklichen Folgen einer immer mehr um sich greifenden Abkehr von den edelsten deutschen Tugenden, als da sind Ordnungsliebe, Gottesfurcht, Gehorsam und Fleiß gewarnt. Aber es wollte ja keiner auf sie hören. Sogar als die Menschen mit eigenen Augen sehen konnten, daß der deutsche (!) Wald stirbt, wollten sie das Zeichen, das ihnen damit gegeben wurde, nicht verstehen ...

Und jetzt ist die Katastrophe da. Das deutsche Volk stirbt aus. Und warum? Weil jeder nur an sich denkt und keiner an das deutsche Volk. Und weil es eben keinen Fleiß und keinen Leistungswillen mehr gibt. Jawohl. Franz Josef Strauß, der schon immer vor der Katastrophe warnte, ist auch jetzt einer der ganz wenigen Deutschen, die den Mut haben, den Grund für die Katastrophe beim Namen zu nennen. Schuld am Sterben des deutschen Volkes ist der Verfall der biologischen Leistungsgemeinschaft.

Es ist kaum glaublich, aber wahr. Gerade in der heutigen Zeit. Nehmen wir nur die Arbeitslosen. 2,5 Millionen Menschen, Männer und Frauen, die doch nun wahrlich Zeit genug hätten, sich in den Dienst des deutschen Volkes zu stellen und etwas Leistungswillen zu zeigen! Und was passiert? Statt Leistung zu bringen, legen sie sich in Teneriffa an den Strand! Man sollte Arbeitslosen, die keine Kinder haben, nicht nur weniger zahlen, sondern gar nichts mehr. Wenn Faulheit auch noch belohnt wird, ist der Verfall der biologischen Leistungsgemeinschaft nie aufzuhalten. Dann muß das deutsche Volk weitersterben!

Wollen Sie das? Wollen Sie wirklich eine Welt ohne deutsche Soldaten, ohne deutsche Wertarbeit, ohne deutsches Eisbein mit Sauerkraut, ohne deutsche Dichter und Denker?

Wenn Sie das alles nicht wollen, dann gibt es nur eins: Leistung bringen!

Karikatur der Woche



...die hatte davon schon Sie gleich vor dem Kassierer!

Zeichnung: H. L.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clauthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318. 6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 86 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.